

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint Werktag nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Bezugspreis: Monatlich 3 Mark. Einzelne Nummern 15 Pf.
Herausgeber: Geschäftsstelle Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574.
Postgeschäftsamt Dresden Nr. 2486. — Stadtgeschäftsamt Dresden Nr. 140.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile über deren Raum 30 Pf., die 66 mm breite Grundzeile über deren Raum im amtlichen Teile 60 Pf., unter Ein- gesetzte 90 Pf. Erhöhung auf Geschäftsanzeigen, Familienanzeigen u. Stellen- geschäfte. — Schluss der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Verkaufsstelle von Holzplanten auf den Staatsforstrevieren.

Betantwortlich für die Redaktion: J. B. Dr. Fritz Klauber in Dresden.

Nr. 215

Dresden, Dienstag, 15. September

1925

Der Sozialdemokratische Parteitag in Heidelberg.

Die Aussprache über den sächsischen Parteikonflikt.

Heidelberg, 14. September.

Um ersten Berichtsangriff des Parteitages wurden in der Vormittagsitzung die Berichte Stellings über die Politik des Parteivorstandes entgegengenommen. In bezug auf den sächsischen Parteikonflikt machte Stelling das Verlangen nach mehr Verantwortungsgefühl geltend. Es zustimmen stellend auch der Verlauf der Debatte dünkelhaft war, einen Anhaltspunkt für einen möglichen Abschluss der Differenzen hat sie leider nicht ergeben. Für die Fraktionsmehrheit durch Bethle-Dresden, ohne die Einigungsmöglichkeit zu bestreiten. Seine Ausführungen galten nur der Abwehr, wie auch Lipinski für die sächsische Organisation lediglich die Verfeindung der von ihm und seinen Freunden verschiedenen Politik im Auge hatte. So bleibt der unter dem Vorstoß Sieringa gebildeten

1. Kommission

die Ausgabe vorbehalten, die beiden Richtungen einander näher zu bringen. Dieses zweifellos nicht leichte Werk dürfte aber nur dann vollkommen sein, wenn die Lösung des Konflikts, wie Stelling sagte, weder Sieger noch Besiegte auf dem Kampfplatz verlässt.

In der Eröffnungsrede teilte der Vorsitzende Weil mit, daß die Aussprache über den Sachsenkonflikt so erledigt werden soll, daß ein Vertreter der sächsischen Organisation und ein Mitglied der sächsischen Landtagsfraktion das Wort in der Debatte erhalten sollen. Dann soll die Angelegenheit einer Kommission überwiesen werden. Der Parteitag billigte diesen Vorschlag einstimmig.

Stellung

Führte im seinem Bericht über die Politik des Parteivorstandes zu dem sächsischen Konflikt u. a. folgendes aus:

Hätte der Geist der Kameradschaftlichkeit auch alle sächsischen Genossen bewirkt, so hätte der Sachsenkonflikt unmöglich die Form annehmen können, die er heute hat. Der Vorstandsbereich schürt ganz objektiv theologisch Enthaltung und Verlust des Konflikts. Entsprungen ist der Streit aus der Frage unserer Beteiligung an Koalitionsgouvernements.

Ein Begründungsteil eines sächsischen Parteiblattes saß, daß dieses Thema die Kernfrage des Parteitages sei müsse. Im Gegenteil: wir werden darüber sehr wenig zu reden haben, weil die überwiegende Mehrzahl der Partei einig ist, daß wir die Koalitionsfrage praktisch von Fall zu Fall entscheiden und grundsätzlich das Zusammensein mit den unübersehbaren bürgerlichen Parteien zur Freiheit bestimmter politischer Giecke.

Wir mögen dem Parteivorstand zum Vorwurf, daß er mit rauer Hand in die Entwicklung des Sachsenkonflikts eingegriffen habe, als damals der militärische Einmarsch in Sachsen erfolgte. Aber der Parteivorstand mußte damals verhindern, daß auch noch Sachsen völlig in die Hände der Reaktion fiel.

Dann mußte der Parteivorstand in Sachsen die Politik führen, die entsprechend dem Besluß des Reichsparteitages von Berlin von den Genossen der Fraktionsmehrheit betrieben wurde. Diese Genossen haben sich in ihrer großen Linie gebunden gefühlt und fühlten wieder durch den Parteivorstand.

Es ist bedauerlich genug, daß es zur Spaltung der Fraktion kommen mußte, doch die Einigungsvorschläge, die in der Kommission unter Vorstoß von Heilmann gemacht wurden, nicht zum Ziele führten.

Unseren Bemühungen gingen immer wieder auf eine Einigung in Sachsen hinaus. Nachdem unsere Vorschläge abgelehnt waren, haben wir die Organisationsleistungen erachtet, um Vorschläge zu machen; sie haben Vorschläge gemacht, die bei der damaligen Situation nicht durchführbar waren. Dann haben wir selbst den Vorschlag gemacht, daß durch eine parlamentarische Kommission unter förmlicher Aufschaltung des Parteivorstandes ein außerordentliches Schiedsgericht eingesetzt werde, um endgültig den Streit zu schließen. Die Fraktionsmehrheit hat damals zugestimmt, die Fraktionsminderheit hat den Vorschlag abgelehnt. Wie sind überzeugt,

dass, wenn dieser Vorschlag angenommen worden wäre, wir uns heute mit dem Sachsenkonflikt nicht mehr beschäftigen brauchten. Weiterhin haben wir alles getan, um zunächst schnell zur Erledigung der Ausschlußanträge zu kommen.

Wie wird die Lösung zu suchen sein? Die einen sind sehr schnell fertig mit dem Urteil: wie 23 sind Disziplinarbrecher und infolgedessen auszuschließen. So kann man aber einen tiefergründenden Konflikt nicht lösen. Dadurch würde man das heuer nicht lösen, sondern wieder aufschieben. Wir müssen uns also auf den Boden des Antrages stellen, den der Parteivorstand in seiner Entscheidung vom 3. Juni eingenommen hat:

daß zunächst solange am Landtagssitzung nicht gedacht werden kann, daß ein gemeinsames Arbeiten innerhalb der Fraktion nicht möglich ist. Dann aber so rasch als möglich Auflösung des Landtags und Stärke darüber, daß im gleichen Augenblick die Ausschließungen zu rückspringen und ohne Bindung der Organisation die Aufführung der Kandidaten unter Berücksichtigung aller Richtungen vorzunehmen werden müssen.

*

Da die Aussprache wurde zunächst nach Verlesung eines Begrüßungstelegramms aus Schweden die Kommission zur Behandlung des Sachsenkonflikts gewählt. Außer einem Vertreter des Parteivorstandes ist in die Kommission delegiert: Roh-Hamburg, Marx-Brandenburg, Sieting-Brandenburg, Böckh-Hannover, Böhlen-Niedersachsen, Linke-Dessau, Bödker-Berlin, Rosenfeld-Berlin, Samotora-Dresden, Alupsk-Dortmund, Steinmeyer-Stuttgart und Bugdahn-Altona.

In der Diskussion über den Vorstandsbereich erholt zunächst als Vertreter der sächsischen Fraktionsmehrheit das Wort:

Bethle-Dresden:

Er führt u. a. aus: Wir hätten es lieber gelesen, wenn der Zeitpunkt geklärt worden wäre, der in Artikeln und Mitteilungen vorwirkt gegen die Fraktionsmehrheit erhoben hat, damit wir diese Vorwürfe zurückweisen können.

Aber die 23 haben sich niemals im sächsischen Streit als schuldig gefühlt. Sie sind stets der Aussöhnung gewesen, daß das, was sie getan haben, im Einklang mit dem Gesamtinteresse der Partei stand.

Wir haben uns auf den Parteitag gestellt, wo wir endlich einmal vor der Partei das sagen können, was uns bisher in der Parteipresse und in Versammlungen verweht worden ist. Die Aussagen, die in den letzten Wochen vor dem Parteitag in der Presse gegen uns erhoben worden sind, waren völlig einseitig. Seit gut einem Jahre sind wir aus dem Versammlungsladen ausgezogen. Wir durften unsere Meinung auch nicht sagen, als wir noch Mitglieder waren. Seit zwei Jahren hat man uns auch von Versammlungen in den Versammlungen ausgeschlossen. Selbst preußische Richtungen wurden uns verboten.

Das hat schon im Reich angegesicht der Koalitionsparteien gegeben, die diese Politik nicht verstanden, so ganz besonders in Sachsen. Ein Teil der vereinigten Partei war vor der Vereinigung gegen jede Koalition selbst mit Sozialdemokratie, und als man sich vereinigt, war diese Aufstellung nicht tot und stand lebendigen Widerhall bei den Kommunisten und in der proletarischen Mehrheit. Da haben wir uns vollständig gemacht, aber es zeigte sich in Sachsen bald, was wir jetzt alle wissen, daß die Kommunisten in das Parlament nur eingingen, um den Parlamentarismus zu discreditieren. Kurz vor dem Abschluß wirklich weiboller Gesetz wurden wir durch sie im Reigen verwüstet und mußten unsere wertvollen Regelungen opfern. Männer wie Bock und Lipinski mußten ihren Abschied nehmen. Beide Seiten wurde monatelang mit Reisen verhindert. Gleich erkannten die Bundesministerien,

dass mit diesen Kommunisten praktische Arbeit nicht zu leisten war; sie empfahlen notwendigen die Koalition mit den Demokraten, um die Staatsmaschine wieder in Gang zu bringen. Dieses jedoch das Ungeheuerliche: Eine in jahrelanger Parteiarbeit geschulte Parteileitung wurde abgewählt, die Landtagsfraktion in ihrem ureigentlichen Element ausgeschaltet und die

Diktatur einer Siebener-Kommission

aufgerichtet.

Hätte der Parteivorstand damals durchgegriffen — er hatte freilich damals im Reiche alle Hände voll zu tun — dann gäbe es heute keinen sächsischen Parteikonflikt. (Zurufe von sächsischer Seite: Demokratische Diktatur! Nein! Sie doch nicht von Lipinski!) Wo war denn Demokratie und Disziplin, als man die Diktatur in der Siebener-Kommission aufrichtete? Da wurden heimliche Abmachungen mit den Komunisten geschlossen, da wurden Hunderttausende gebildet usw.

Das Ergebnis dieser Situation war das

Ministerium Beigner.

Ich spreche über den Mann nicht, er ist eben politisch tot. Die Regierung dieses wundervollen, entschuldigungsfähigen Pathologen mußte natürlich zum Zusammenbruch führen. Die Kommunisten hielten zwei Minister. Bandler sollte als Ministerialdirektor die Herrschaft über die Politik bekommen.

Die Kommunisten ganz Deutschlands wurden noch Chemnitz zusammengetragen, um den Aufstand zum Bürgerkrieg zu provozieren, und die russischen Antreiber waren mit ihren Photographen zur Stelle, um den historischen Moment der Aussöhnung des Generalkomitees für ganz Deutschland anzunehmen. Es gelang nicht, aber die Reichsregierung fand dadurch einen billigen Vorwand, in das rote Sachsen einzumarschieren.

Es kam das berühmte

Ultimatum der Reichsregierung

aus Entfernung der kommunistischen Minister. Wenn damals die sächsische Parteileitung etwas politischen Verstand gehabt hätte, hätte sie einlenken müssen, wie übrigens Beigner wollte. Aber Beigner, Liebmann und Kratz hatten nur die revolutionäre Gesetze. Obwohl Sachsen nicht größer ist wie Berlin, legten sie einen Machtkampf am Tag, der in seiner Rauheit erbarmungslosig war. Sie sprachen das revolutionäre Ziel — die Reichswehr marschierte und der Diktator Heinrich kam. Ganz sollten Parteivorstand und Generalkommission die Parole zum Generalkomitee geben, wo Hunderttausende Arbeiter auf der Straße lagen und nichts zu essen hatten. So wollten es die Generalstaatsleute Böltcher und Seydel, und wer nicht mithatte, war verrückt. Dabei hätten Sie einmal in Sachsen die revolutionären Waffen freien sehen sollen!

Die größten Scheiter gingen überhaupt nicht aus den Betrieben und noch nie ist ein Streit so jammerlich zusammegeschlagen. Was wir in mühseliger Arbeit erreicht hatten, drohte zerstört zu werden. Wir brauchten um jeden Preis die Entfernung des Diktators und eine regierungsfähige Regierung.

So kam das

Ministerium Zellisch

zustande mit Unterstützung der Demokraten und unter Beteiligung der Willkür der Deutschen Volkspartei. Aber wieder fanden die Deutschen mit dem revolutionären Plan kein anderes Ziel, als die neue Regierung zu zerstören. Sie ziehen die Demokraten so lange vor den Kopf, insbesondere Liebmann, bis sie und vor die Frage stellen: Auflösung des Landtags oder große Koalition? In jener Zeit waren unsere Zeitungen geschwacht, die Gewerkschaften schwach, die Partei auf 50 Prozent zusammengeschmolzen. Verzweiflung trieb die Massen in das Lager der Demagogen. Da wollten wir nicht durch Neuwahl das Land den Bölkischen und Deutschen nationalen ausspielen. Wie richtig wir gelebt haben, beweisen die Gemeinden gewählt. Vor den Neuwahlen hielten wir in 15 von 28 Bezirken die Mehrheit, danach in keinem.

Auf dem Berliner Parteitag wurde abschließend, was man uns wegen Bildung der großen Koalition ½ Jahre lang an Schande und Schmach angehängt hatte. Aber schon 8 Wochen später ging die Hebe, diesmal unter Führung Lipinskis wieder los. Vorstand bei den Beamten-

abbau, bei dem vielleicht Mißgriffe vorgekommen sind, aber bei dem wir im ganzen durchaus befinden können. Wir haben 13½ Prozent höhere Beamte und 11½ Prozent höhere sozialdemokratische Beamte abgebaut. In Dresden, Böhmen und Braunschweig hat kein Haushalt gekämpft, aber gegen und hat man den Abbau schnellerer Kräfte und die notwendigen Konzessionen an das Militär schamlos ausgeteuert. Wir haben in Sachsen

ein wahres Martyrium

aufzusuchen müssen. Alle Angehörigen unserer Richtung wurden gefündigt, zuerst ich selbst, der ich 12 Jahre als Parteisekretär allein in Sachsen tätig war. Wir wandten uns beschwerlich an den Parteivorstand. Er sandte uns einen Sachsenkommission des Berliner Parteitages. Genosse Heilmann bezeichnete die Reichstagsaufsicht des Dezember als ein Geschenk des Himmels. Wir sollten gleichzeitig in Sachsen auflösen und uns über die Kandidatenfrage verständigen. Aber die Gegenseite hat niemals ernsthaft die Heilmannschen Vereinbarungen durchzuführen beabsichtigt. Fortwährend wurde einseitig an den Vereinbarungen geändert und die Kandidatenaufstellung so spät angezeigt, daß der Parteivorstand nicht mehr hätte eingreifen können.

Deshalb beschlossen Parteivorstand und Parteiausschuß, daß wir die Vereinbarungen nicht eher durchführen sollten, ehe nicht die Erfüllung der Abmachungen gesichert sei.

In der Tat hatte die Landtagsaufsicht nur den Deutschenationalen einen Gesellen erwiesen. Die Führer erlaubte im sächsischen Landtag, daß durch Neuwahl Sachsen auf den Weg Tübingens geführt werden müsse und daß die Kämpfe auf der Bühne jetzt sicherer Erfolg versprechen. Das Wahlergebnis vom 7. Dezember zum Reichstag war in Sachsen äußerst günstig, weil hier der sächsische Streit keine Rolle spielte. Aber selbst wenn die Wahl in den sächsischen Landtag eine bürgerliche Mehrheit gebracht hätte, was hätte das bedeutet in Sachsen mit seinen schroffen Klassengegnern und dem seit Beigner aufgespeicherten Hass? Bei dieser Reichstagswahl hat die sogenannte Linke alle Vermüllungsversuche abgelehnt. Wir haben inzwischen trotz aller schweren Bedenken allen Vorschlag zugestimmt, die im Interesse der Einigung gemacht worden waren.

Dann kam die Hindenburg-Regierung. Was die „Münchener Post“ darüber geschrieben hat, ist ein Artikel Lipinskis (Hört, hört) von den führenden Instanzen wurden damals Beischläge gesetzt, die die Beischläge des Parteivorstandes als Unsinn, als parteidienstlich hinstellten, und diese Beischläge wurden in der ganzen sächsischen Partei verbreitet.

Das Ergebnis dieser glänzenden Führung war, daß im roten Sachsen Hindenburg über Sozialdemokraten, Kommunisten, Demokraten und Gen-

Die sächsische Landwirtschaftskammer für Wiedereinführung der Einfuhr-scheine.

Die Landwirtschaftskammer hat sich an das Wirtschaftsministerium gewendet mit der Bitte, sich für den sofortigen Erlass der Wiedereinführung der Einfuhr-scheine einzutragen. Seit mehreren Jahren hat die deutsche Landwirtschaft ihr Getreide unter Weltmarktpreis abgeben müssen. In den Verhandlungen über die Abänderung des Zolltarifs ist jedoch allgemein anerkannt worden, daß man zum weiteren Bestand der Landwirtschaft die Weltmarktpreise zum mindesten wieder erreichen müsse. Die geographische Lage der östlichen Überschlagsgebiete erschwert den Absatz des dort erzeugten Getreides ganz erheblich durch die Verbelastung der östlichen Bahnstrecken. Das im Osten erzeugte Getreide wird deshalb auf den Kreis, besonders auch in Mitteldeutschland deichten, sodass die an sich viel zu niedrigen Preise ohne jede Wirkung bleiben dürften.

Landtagabgeordneter Roedt

Der Landtag abgeordnete Zimmermeister Ernst Roedt-Dresden ist letzte Nacht gestorben. Er gehörte der Deutschen Volkspartei an und war Mitglied des Reichsausschusses.

trum mit 70 000 Stimmen siegen konne. (Herr Höchst) Das war der glänzende Erfolg dieser Strategie und als Abteilung kam nun der Schreit, die Reaktion machte! Sie haben die Gemeindeordnung verschont. Dabei ist die Gemeindeordnung viel besser und demokratischer als alle anderen.

Dann wurde uns vorgeworfen, wir hätten gegen den Reichstagsabgeordneten gearbeitet. In Wirklichkeit hatten die Kommunisten im Landtag einen Antrag über soziale Fragen. Er kam im Ausschuss zur Verhandlung und dabei stellten sie den Antrag: Die Regierung soll für das Washingtoner Abkommen eintraten. Das Kabinett schäme: Wir haben bisher im Reichstag und sonst auf dem Standpunkt des Reichstagsabgeordneten gestanden und werden weiter in diesem Sinne wirken. Daraufhin erklärten wir uns mit dieser Formulierung der Regierung im Ausschuss einverstanden. Jetzt macht man daraus, wir hätten den Reichstagsabgeordneten vertraten.

So wird die Öffentlichkeit systematisch irreführt. Ich könnte Ihnen mit Hunderten solcher Beispiele dienen.

Warum sind wir den Weisungen des Parteivorstandes nicht gefolgt? Wir achten die Gründe des Parteivorstandes, aber sein Entscheid drohte uns in eine Situation, die kein verantwortlicher Sozialdemokrat und Parlamentarier ertragen konnte. Nachdem wir die Koalitionspolitik eingegangen waren, mußte gegenseitiges Vertrauen herrschen. Aber der

Antrag auf Auflösung des Landestages

kom ganz plötzlich, ohne daß eine Möglichkeit vorhanden war, und mit den Koalitionsparteien zu verhandeln. Wir sollten plötzlich ohne Beratung und ohne Grund für die Landtagsauflösung stimmen auf Geheiß des Parteivorstandes. Der Parteivorstand hat wohl in diesem Halle die Wirkung seines Urteils nicht klar genug übersehen. Wir sind seiner Weisung nicht gefolgt. Verurteilen Sie uns deshalb. Wir glauben aber auch damit dem Interesse des Proletariats gedient zu haben.

Als Vertreter der sächsischen Parteiorganisation sprach

Bipinöß:

C. jähle u. a. aus:

Nach dem Sturz der Regierung Buck stand die Partei vor der Frage, ob nun mit den Demokraten regiert oder nochmals mit den Kommunisten verhandelt werden sollte. Die Bezirksvorstände entschieden sich im März 1923 für das Zusammensein mit den Demokraten, aber nur mit knapper Mehrheit. Der Landesparteitag entschied aber mit großer Mehrheit das Zusammensein mit den Kommunisten. Es war die Siebenekommision einzuführen, die in den Tagen eintrat, in der Organisation der Partei ein.

Nach der Reichsregelung in Sachsen wurde das Kabinett Gellrich gebildet und bald wieder gelöst. Es bestanden schon in jener Zeit mehrere Parteitagsbeschlüsse, wonach eine Koalition nur dann tragfähig sein könne, wenn sie im Einvernehmen mit der Partei geschlossen würde. Nun war sie den 6. Januar 1924 die Landesversammlung eingesetzten, um zur Regierungsbildung Stellung zu nehmen. Am 4. Januar wurde die große Koalition beschlossen. Heute endlich hat sich der Parteivorstand durch Stellung dazu bekannt, die Anstellung dazu gegeben zu haben. Der Konflikt in Sachsen ist deshalb so stark geworden, weil man den Organisationen in Sachsen keine Mittelung davon gemacht hat. Die Stellung des Partei zur großen Koalition hat überhaupt sich seit dem Berliner Parteitag geändert, der ausdrücklich beschlossen hat, daß Koalitionspolitik nicht

Die Verhandlungen in Genf.

Kommissionsberatungen.

Genf, 14. September.

Der Montagvormittag war mit Kommissionssitzungen ausgefüllt. Das Fehlen tatsächlicher Verhandlungsgegenstände machte sich in den sehr akademisch gehaltenen Ausführungen aller Redner stark bemerkbar. Es wurden in der zweiten Kommission, die sich mit dem bereits erledigten österreichischen Problem beschäftigt, hundertlang gegenwärtige Österreichische über das so glänzend gelungene Rettungswerk Österreichs ausgelacht. In der ersten Kommission wurde über einen eindeutigen Antrag zum Artikel 16 des Völkerbundesstatus debattiert. Der englische und französische Vertreter erklärten diesen Antrag für gegenstandslos, da die betreffenden Zusatzvereinbarungen in ihrer Gesamtheit wohl überhaupt nicht rätselhaft werden würden.

Die Montags-Sitzung.

Genf, 14. September.

Büro-Uruguay brachte in der Völkerbundversammlung einen Resolutionsentwurf ein, der den Rat mit einer Revision des Status des südlichen internationalen Gerichtshofes auf Grund der seitigen Erfahrungen beansprucht. Apponyi-Ungarn erklärte: Wenn das Ergebnis der Arbeit des Völkerbundes zugunsten der Minderheiten keine volle Beruhigung unter den Minderheiten gebracht hat, so liegt das besonders an gewissen Mängeln des Verfahrens bei der Behandlung der Petitionen der Minderheiten. Apponyi schlug vor, daß erstens zulässig Petitionen von ähnlichen Verbänden, wirtschaftlichen Organisationen und Verbänden ähnlicher Bedeutung direkt, d. h. ohne vorherige Einschätzung des Dreikomitees, an den Völkerbundsrat gehen können. Zweitens sollen während der Untersuchung über Minderheitenpetitionen deren Vertreter vom Rat gehört werden. Drittens sollen alle zwischen den Parteien bestehenden Minderheiten austauschen, auf Eruchen einer der beiden Parteien dem internationalen Gerichtshof vorgelegt werden. Zum Genfer Protokoll übergehend, entwidmet Graf Apponyi seinen Gedanken, daß in dem Teile Griechenland, in dem auch sein eigenes Land liegt, eine Regelung der Sicherheitsfrage durch regionale Sonderabkommen schwieriger sein würde als eine generelle Regelung, wie sie im Genfer Protokoll vorgesehen sei. Auf dem Wege von Sonderabkommen werde die von allen erfreute allgemeine Sicherheit viel in langem Hergestellt werden können. Dem Genfer Protokoll kommt aber außerdem eine besondere Bedeutung zu, weil es das Prinzip der Sicherheit mit dem der Wahrung verknüpft. Er beantragte deshalb, daß in dem von Quinson & de Roos am letzten Sonnabend eingebrochenen Resolutionsentwurf des Schlussparagraphen abgeändert werde, daß die Vorabstimmung für eine allgemeine Wahrung sofort angenommen würden, damit die internationale Ab-

stimmung der Finanzkontrolle in Österreich aufgeht, was der österreichische Außenminister Mataja auf die erfolgreich durchgeführte Stabilisierung der österreichischen Währung hin und unterstrich die Verdienste des österreichischen Volkes, das entschlossen sei, eine neue Erholung seiner Finanzen zu vermeiden.

Er persönlich sehr dringend auch sein Bedenken, die vom Finanzkomitee und vom Völkerbundrat in der letzten Woche gestellten Bedingungen zur Ausübung der Kontrolle anzunehmen. Die Vertreter Frankreichs, Englands, Italiens, der Tschechoslowakei und Jugoslawiens sowie auch der Vorsitzende gaben dem Wunsche Rücksicht, daß die alliierte Kontrolle in Österreich bald aufgehoben werde. Der Ausschuss nahm eine dahingehende Entschließung an.

Der finanzielle Wiederaufbau Österreichs.

Genf, 14. September.

Der Ausschuss der technischen Kommissionen des Völkerbundes beschloß sich heute mit dem finanziellen Wiederaufbau Österreichs. Nach einem Bericht des Generalkommissars Zimmermann, der sich abermals für die schrittweise Aufhebung der Finanzkontrolle in Österreich aussprach, misst der österreichische Außenminister Mataja auf die erfolgreiche Durchsetzung der österreichischen Währung hin und unterstrich die Verdienste des österreichischen Volkes, das entschlossen sei, eine neue Erholung seiner Finanzen zu vermeiden. Er persönlich sehr dringend auch sein Bedenken, die vom Finanzkomitee und vom Völkerbundrat in der letzten Woche gestellten Bedingungen zur Ausübung der Kontrolle anzunehmen. Die Vertreter Frankreichs, Englands, Italiens, der Tschechoslowakei und Jugoslawiens sowie auch der Vorsitzende gaben dem Wunsche Rücksicht, daß die alliierte Kontrolle in Österreich bald aufgehoben werde. Der Ausschuss nahm eine dahingehende Entschließung an.

Bipinöß kam dann auf die Heilmannschen Einigungsbemühungen zu sprechen.

Wir haben die Fraktionsmehrheit nicht vor ein Ultimatum gestellt, sondern waren bereit, die Ausfallanträge zurückzuhalten, wenn die Gemeindeordnungsnovelle zurückgestellt und die Aus-

stimmung vorbereitet würde. Aber die Fraktionsmehrheit hat jede Einigung zurückgewiesen; ihre Taktik ging nur dahin, Zeit zu gewinnen und den Streit zu verschleppen. Deshalb war auch das Urteil der Schiedsgerichte verfehlt. Auf dem Dresden Parteitag hat August Bebel ausdrücklich gesagt, daß das einzelne Parteigenosse in Mandat und Amt nur als Vertreter der Partei handelt und der Partei verantwortlich bleibt. Diese Verantwortlichkeit ist in Sachen zerstört worden, weil die 28 glauben, zum Teil selbst auf den Parteivorstand, Politik gegen die Organisation teilen zu können. Der Parteivorstand mag seine Entscheidung fällen in dem Sinne, daß nicht jeder selbsttätig Politik treiben darf, sondern der Organisation voll verantwortlich bleibt.

Danach erklärten Bebel, Bechtold und Stelling, das Wort zu persönlichen Schwierigkeiten nicht geben zu können. Sie sollen sich in der Sachenkommission äußern.

Damit wurde die Debatte über den sächsischen Konflikt vorläufig abgeschlossen. Die Sachenkommission trat sofort zusammen. Die allgemeine Debatte über den Vorstandbericht wird am Dienstag vormittag 9 Uhr fortgesetzt.

Die Überreichung des französischen Memorandum.

Berlin, 15. September.

Heute mittag 12 Uhr hat der französische Botschafter de Margerie dem Außenminister Dr. Trebitsch-Menn die angekündigte Memorandum der französischen Regierung übergeben. Der Wortlaut des Memorandums wird am Donnerstag früh veröffentlicht werden. Es wird darin, wie die Blätter erachten, lediglich festgestellt, daß es nach Ausföhlung der alliierten Regelungen wünschenswert erscheine, unumkehr eine Ministerkonferenz einzustellen zu lassen. Ein Etat hierfür wird nicht genannt. Hinjünglich des Zeitpunkts halten die alliierten Regierungen Ende September oder Anfang Oktober für geeignet und erwarten eine deutsche Antwort hierauf. Die Antwort wird erst erfolgen, nachdem das Kabinett sich mit der materiellen Frage beschäftigt hat. Eine Abstimmung ist für Montag eingerichtet worden. Erst danach wird weiter über die materiellen und formellen Fragen gesagt werden können.

Zu der bevorstehenden Außenministerkonferenz.

London, 15. September.

Der diplomatische Beichterstatter des "Daily Telegraph" schreibt: Den wichtigsten und ersten Gegenstand der bevorstehenden Konferenz der Außenminister werde der eigentliche Rheinlandpakt mit seinen Anhängen, dem französisch-deutschen und dem belgisch-deutschen Schiedsverträge, bilden. Falls und sobald eine Vereinbarung erreicht sei, werde möglichstens das schwierige Problem des deutsch-polnischen und des deutsch-tschechischen Schiedsvertrages in Angriff genommen werden. Hierbei würden der polnische und der tschechische Außenminister sich an den Erörterungen beteiligen, von denen sich die britischen Delegationen verhindern mögen, wenn auch nicht völlig fernhalten würden. Denn, wenn auch Großbritannien keine Verpflichtungen im Hinblick auf die europäischen Grenzen übernehmen will, könne es nicht mit Gleichgültigkeit die möglichen Folgen betrachten, die die Gruppe östlicher Verbündeter für England als Verteidigung der Westgrenzen in der entmilitarisierten Zone herbeiführen können.

Kunst und Wissenschaft.

Die Görlitzer Heidenhänze.

Auf den Höhen südlich von Dresden, am Steilabfall des Elbsächsischen Gründes, liegt der letzte schubare Rest einer vorgeschichtlichen Wallanlage bei Dresden, die sogenannte Heidenhänze bei Görlitz. Tieflich ist der Platz ausgegraben: von den Seiten steiler Abfall bis ins Tal der Weißeritz, und auf einer Seite Angst unmöglich; diese Seite deckt der Wall. Dazu ein umfassender Blick über den gesamten Elbstiel. Vorherrscht am Sonnabend, den 12. d. R., der Leiter des Staatslichen Museums für Vorgeschichte, Dr. Bierbaum die Mitglieder des Vereins für Geschichte Dresden. Auf der Höhe des erhaltenen Wallrests bot er einen Abriß der vorgeschichtlichen Dresden. Diese beginnt, zeitlich unbegrenzt, mit der ältesten Steinzeit. Allerdings, dauernde Besiedlung ist erst seit der Jüngeren Steinzeit nachzuweisen. Die Donauländische Bandkeramikkultur drang von Thüringen her bis zur Elbe vor. Auch die sogenannte Augenpolenkultur, nordischer Ursprung, möchte an der Elbe halt; erst die Schnurkeramikkultur breite sich auch über Sachsen aus. Die folgende Kupferzeit ist nur mit einem Glashüttener in Sachsen verbreitet, um so reicher sind die Funde der Bronzezeit. Sie kommen mit der sogenannten Altmittleren Kultur (2300-1700 v. Chr.), die über die Böhmer Höhe aus Böhmen kam; das Land muß damals dort besiedelt gewesen sein. Nach einer fundreichen Bronzezeit tritt bis ca. 1400 v. Chr. die sog. Alte Lausitzer Kultur auf. Ihre Träger waren nicht Germanen sondern Illyrier, deren Zentrum an der Donau zu suchen ist; westlich der Saale lagen die Kelten, nördlich vom Harz die Germanen, die ab um 500 v. Chr. in unser Land vorstießen. In dieser jüngeren Bronzezeit, zwischen 1400 und 500, ist die Görlitzer Wallanlage geschaffen und benutzt worden. Rohrsteine standen somit ein Trockenmauerwerk aus.

Funde beweisen es; dagegen sind sie spärlich in der germanischen Zeit nach 500, und noch mehr in den Jahrhunderten der Völkerwanderung. Erst seit der Zeit der slawischen Einwanderung, 600 nach Chr., ist Görlitz wieder besiedelt, wie die Schanze wieder benutzt, bis ins 11. Jh. Dann ergibt sie, genauerer Zeitpunkt ist unbekannt, dem Ansturm der Deutschen; ihre Kasematten und Häuser aus Holz wurden verbrannt mitamt den tiefern darin aufgesetzten Betriebsvororten. Bis zu einem Meter stark hat man die Massen verlorenen Betriebe gefunden. Die Fülle der gefundenen Funde, zumal an Scherben, ist sehr groß, bilden doch die Görlitzer Hänze den Grundstock der Staatsliche Sammlung für Vorgeschichte. Und dabei sind es alles Gelegenheitsfunde seit etwa 1864; denn bis heute ist noch nie dafür vorhanden gewesen, systematisch nachzugraben! Anschließend wies Archivat Dr. Brabant auf die militärische Bedeutung hin, die diese Festung infolge des tiefen Einschneidens des Weißeritztales auch in neuerer Zeit, im 7jährigen Krieg und während der Schlacht bei Dresden gehabt hat.

Dr. R. R.

„Der Freibad“.

Eröffnung im Central-Theater.

Luís Verneuil's Gebrauchsstückspiel, das jetzt von einem Gastspiel-Ensemble des Neuen Theaters aufgeführt wird, ist ein typischer Beitrag für die Kunst der Franzosen, und einem großen Maß ein unterhaltsames Erlebnis zu machen. Das groteske Nichts ist der „Junge Mann“ in diesem Stück, der Freibad, der die reizende junge Dame des alten Genießers Thémire bis in ihre Wohnung verfolgt, sich ihr als Diener anbietet, Privatschüler bei ihrem Mann wird und ihr mit seinem überzüglichen „Ich liebe Sie, ich werde Sie besiegen!“ solange juckt, bis er am Ziel ist. Als widernder Umwiderer kommt ein Trottel von Thegalle im Ante-

nung, der ein bezaubertes Verhältnis mit der nichtwähnigen kleinen Rose Pompon hat und unter dem expressiven Druck des „Jungen Mannes“, der sich für deren jugendlichen Liebhaber ausgibt und mit Verlust des Verhältnisses droht, nach deren Peife tanzen muß. Ein schlaues Frau Werinne angewandt den Winkelzügen und Überhöhen des Herrn Thémire, dem ungleich rüttelhaften und schlanken Freibad gerichtet in die Arme sinkt.

Tat übermäßige Süßigkeiten wird unter der Zeitung Otto Oberholt sehr lustig gespielt. Der Dialog mit seinen witzigen Pointen ist sauber durchgearbeitet, die schwungvolle Situation wird ebenfalls das Lachen zum Vorwand. Aber dieser Freibad kann noch viel mehr auf sich herausgezogen, sich viel leichter geben. Man hat manchmal das Gefühl, als schwante er noch zwischen verschiedenen Stilen und Rollenkreisen. Als Mannen in den „Jedermann“-Spielen auf der Albrechtsburg wirkte er wiederum ganz andersartig: düsterer, schwerer. Willly v. Hendrichs als Thémire: ein lächelnder Schwerdtträger mit rechtlichen Echsen. Als etwas unbeweglich und faullos empfand man Elisabeth Frank als Werinne. Das niedliche Läuse Rose Pompon macht Verlil Verlowitz recht geschickt. Günther Sanderson als brutaler Gouverneur und Spieler nimmt und Anne-Marie Walther als spektakuläre Rose Anne-Kette schütten ihre Stullen mit drostischen Lichten auf. Man unterhielt sich, spazierte Beihall und Blumen.

W. R.

Wisse geschrieben, die — es war vor etwa 50 Jahren — im alten Wallnertheater aufgeführt werden sollte. Radiburg war bei der Eröffnung nicht zugegen, sondern in New York, wo der junge Schauspieler damals gastierte, und er erhielt die Nachricht von seinem Erfolg telegraphisch. „Ich hätte nicht die geringste Empfindung des Ringers“, erzählte Radiburg, „man glaubt gar nicht, mit welcher Ruhe man von New York aus auch den angestrebten Durchfall in Berlin oder Wien betrachtet! Aber einige Wochen später schickte mir ein lieber Freund die Rezensionen!! Die waren nun böse! Schwerlich! Und über die habe ich mich wirklich geärgert. Wie wurde ich da aber auch behandelt... geschämt habe ich mich! Solche Angst hatte ich den ganzen Raum zusammen — Manuscript, Briefkasten und Kritiken... hinzu, damit in den Koffern. Später wanderten sie in den nächsten Winkel einer Altenstadt und da haben sie verloren und vergessen gelegen, bis... bis ihre Ansage mir den Vorgang wieder ganz in Erinnerung gebracht hat. Jetzt habe ich das Kästchen wieder hervorgeholt und habe durchgeföhrt. Wie hat sich das alles in den langen Jahren verändert! Das Kästchen, das mir damals so gefallen hatte — heute ist es mir mit im höchsten Grade! Und die Kritiken, die mich damals so gefränt hatten... die waren ja einfach glorios! Herr Gott... wenn ich jetzt noch so behandelt würde, wie damals, noch meinem Tschiff! Da wurde ich ja nicht ein einziges Mal für blödfinnig erklärt. Ein Kritiker sprach sogar die Hoffnung aus, mir recht bald wieder aus der Bildfläche zu begegnen! Und ein anderer... es ist einfach unglaublich... der behauptete sogar: ich hätte Talent! Gewinnt habe ich vor Rührung! Und das habe ich mir jetzt vorgenommen: von jetzt an lese ich alle Kritiken über meine Stücke erst drei bis vier Jahre nach ihrem Erscheinen! Rezensionen und Meine müssen ordentlich lagern — mit den Jahren werden sie besser! Nur etwas Geduld muss man haben.“

Bericht des Generalagenten für die Reparationszahlungen.

Berlin, 15. September.

Dem Bericht des Generalagenten für Reparationszahlungen folgt, hat Deutschland im August 1925 an Reparationszahlungen geleistet Goldmark: 76 253 702,25, woson auf Großbritannien 11 722 721,31, auf Frankreich 36 430 771,40 und auf Belgien 7539 885,57 entfallen. Im ersten Jahre bis zum 31. August 1925 belaufen sich die von Deutschland gezahlten Reparationssummen in insgesamt auf 1000457572,45 Goldmark.

Dr. Schacht über die Möglichkeit der Durchführung des Dawesplanes.

London, 14. September.

Die „Financial Times“ geben eine Unterredung mit dem Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht wieder, der u. a. erläutert:

Es sei eine Streitfrage, ob Deutschland imstande sein werde, vor 1928 an 2½ Milliarden Mark zu zahlen, wie dies im Dawesplan vorgesehen sei. Nach seiner Kenntnis der wirtschaftlichen Schwäche sei es überzeugt, daß Deutschland hierzu imstande sein würde, wenn die im Dawesplan selbst angegebenen Voraussetzungen, wogegen besonders das Fernlebende politischer Störungen gehören, erfüllt würden. Zwischen aber seien die Alttreuen häufig nahe daran gewesen, ihren eigenen Plan zu schärfieren. Die Verlängerung der Aufrechterhaltung und die Nichträumung Kölns an dem im Vertrag vertragten Datum seien zwei Fälle, wo die Politik ständig in das deutsche Wirtschaftsleben eingreifen habe.

Es sei bezeichnend, daß im besetzten Gebiete der Prozentsatz der Arbeitslosen der größte in ganz Deutschland sei. Wodurch die Lösung des Transversalproblems betreffe, so sei die Voraussetzung, daß Deutschlands Handelsbilanz aktiv werde. Denn nur aus dem Überschuss der Ausfuhr über die Einsätze könnten Reparationszahlungen weiterhin erfolgen. In diesem Zusammenhange sollten die britischen Kapitalisten nicht vergessen, daß die Steigerung der deutschen Ausfuhr gleichzeitig eine Steigerung der deutschen Industrie bedeute und daß damit die Nachfrage nach britischen Waren in Deutschland zunehmen würde. Zum Schluß trat Dr. Schacht für eine rege Zusammenarbeit zwischen dem britischen und dem deutschen Kapital ein.

Anleihe für landwirtschaftliche Real- feste.

Berlin, 14. September.

Die Deutsche Rentenbank-Kreditanstalt (Landwirtschaftlich Kreditbank) teilt mit: Die Verhandlungen mit der National City Company in New York wegen einer amerikanischen Anleihe für landwirtschaftliche Real- feste in Deutschland sind am Sonnabend abend zum Abschluß gekommen. Damit übernimmt die National City Company von der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt Schulverschreibungen in Höhe von 25 Millionen Dollars, rückzahlbar zu Parit zu einem Zinszuge von 7 Proz. auf 25 Jahre bei einer Tilgung von etwa 1½ Proz. jährlich zugleich ersterer Interessen. Zinsen und Amortisation werden am 15. März und 15. September jeden Jahres

375 Jahre Fürsten- und Landesschule zu Grimma.

Gibt für einen alumnus quondam Grimmissis, der 1900 als Oberprinzipal das 350-jährige Jubiläum der Fürsten- und Landesschule zu Grimma nicht nur mit feiern, sondern in allen Tagen mit vorbereiten, durchführen und dabei den „Oedipus auf Colonus“ in der griechischen Uebersetzung mitzuführen durfte, ein erhabendes Gefühl, heute über das 375-jährige Schülersfest seiner altherwürdigen Alma mater Moldana berichten zu dürfen. Groß war die Zahl der Altagustiner, die sich schon am Sonnabend und Sonntag, den 12. und 13. September in Grimma eingefunden hatten, um der wohlgelungenen Aufführung von Sophokles' „König Oedipus“ in der Uebersetzung beigezuhören, an der Hauptversammlung des Vereins alter Fürstenschüler teilzunehmen und sich am Sonntagabend in den Klassenzimmersammlungen alten Jugend- und Schülerinnerungen hinzugeben. Auch der verstorbenen Lehrer und Schüler der Anzahl wurde in einer schlichten, aber würdigen Feier auf dem Friedhofe gedacht.

Montag, der 14. September, war der eigentliche Gründungs- und Festtag, der frühzeitig mit einer Gefallenehrung am Denkmal eingeleitet wurde, zu der die neue Schulglocke — die alte war ein Opfer des Krieges geworden — zum ersten Male erklang. Sie ist eigentlich keine neue Glocke, sondern eine wertvolle alte Glocke aus vorreformatorischer Zeit, die bisher unbekannt auf dem Turm der Klosterkirche, die zur Schule gehört, gehangen hatte und nunmehr als Schulglocke zu den Höhepunkten des Tageslaufs der Augustinerchulgemeinde erslingen soll.

Dann folgte der Gottesdienst in der Kirche, bei dem der Religion lehrer der Schule, Oberstudienrat Pollichius, die Predigt übernommen hatte. Nach den langen Regentagen wußt die Sonne einige freudliche Strahlen durch die hohen Fenster der Kirche, damit gleichzeitig ein besonderes Festprogramm auf die Gemeinde der alten Schüler legend, die in dieser alten Kirche jeden Sonntag ihrer Schulzeit den Worten Gottes hatten lauschen müssen und diesmal besonders andächtig lauschten.

Den Höhepunkt der Feier bildete der Festaktus und in diesen die Rede des Rektors der Schule Dr. Grauwald. Dieser begrüßte zuerst die Elternschaften, insbesondere die Vertreter des Ministeriums für Volksbildung, Minister Dr. Kaiser, der selbst alter Grimma-Schülenschüler ist, und Ministerialdirektor Geheimrat Menke-Güldert, ferner die Vertreter der übrigen staatlichen und städtischen Behörden und besonders Ehrengäste. Er gedachte dann dankbar des Hauses Berlin, das von seinem Gründer an bis zum letzten Herrscher Sachsenreich für die Schule aufs bestaute gesorgt habe. Der neue Staat und seine führenden schienen zunächst kein Vertrauen zu den Fürstenschulen zu haben, weil sie in ihnen mehr eine reaktionäre Einrichtung erblickten. Gott sei Dank sei diese schwere Krise überwunden. Die Fürsten- und Landesschulen haben ihre Daseinsberechtigung auch in

der neuen Zeit bewiesen, daß zeigen auch die Gründung der neuen Landesschule zu Dresden. Sie haben als Vorbildschulen und vorbildliche Erziehungsinstitutionen noch genau denselben Sinn wie früher und sollen den jugendlichen Nachschülern föhren. Sie sollen die Jugend zu deutschen Menschen und deutschen Staatsbürgern erziehen. Und nun entwickelt er, wiederholt vom Beispiel der Zukunft unterschoben, wie diese Erziehung in neuzeitlich humanistischem Geiste vor sich geht. Aus den hochbedeutenden Reden ging hervor, daß das Illustre Moldanum sein veraltetes Internat möglicherweise nicht länger bestehen kann. Es wird eine höhere Schule, eine wirkliche Fürsten- und Landesschule.

Dann kamen die Begegnungen, zunächst durch die Altagustiner, die durch Gehirnen Mat. Lotichius-Dresden, Kirchenrat Hirsch, Weißer Hirsch und Hofrat Dr. Löbner-Zeitzburg die Paul-Gerhardtstiftung mit einer Spende von 5000 M., wozu das Evangelisch-lutherische Landeskonsistorium 1000 M. beigetragen hatte, aufwiesen.

Dann durch den Bürgermeister der Stadt Grimma, Dr. Hornig, der die lange Verbundenheit von Schule und Stadt hervorholte. Dann durch den Sächsischen Philologenverein, dessen Vertreter Studienrat Behrens-Leipzig das alte durch Herold und Bogenschießenlernen und wohl sein ins Moderne überlebt, so daß es auch heute noch unter Jugend leicht leuchten kann. Gerichtsdirektor Dr. Lamadius überreichte namens der Elternschaft der Schüler 1700 M. zum Anfang von modernen Radierpostkarten, die akademische Landesmannschaft „Grimmannia“. Leipzig stiftete ebenfalls ein Boot, und ein J. Lotichius übertrug dem Primus omnium Kanis, der vorhielt die Versammlung in lateinischer, zum Teil mit Humor gewürzter Rede begüßt hatte, namens der tanzen den jungen Damen St. Augustinus fehls Bootswimpel in den Händen der Schule.

Den Schluss des Festaktes, der im übrigen von Darbietungen des Schülorchesters und Schulchor umrahmt war, bildeten die Dankesworte des Rektors.

Hieran schloß sich — „Doppelstock“ in der Schülersprache genannt — ein Festessen der Schüler in Speisesaal der Altagustiner in der Aula und abends ein Festball der Altagustiner, die am heutigen Dienstagvormittag noch nach Rimbach geschickt wurden, damit ihnen auch dieser traditionelle „Rimbacherlos“ die Erinnerungen an die Jugendzeit ins Gedächtnis zurückrufen sollten. Nun folgte als Abschluß des Festes der Festball der Schüler in Großenhain.

Festbesiedigt ziehen wir Altagrimmener, während diese Seiten gebraucht werden, wieder heim von der lieben Mutterstadt in dem folgen Bewußtsein, daß unter alle ehrenwürdige Fürsten- und Landesschule zu Grimma auch in neuen Jahrtausend ihrem Wahlspruch treu bleiben wird: pietati, virtuti, doctrinae.

Reg.-Rat Brause

späteren Bindern zu binden. Die Anleihe soll in diesen Tagen zum Kurs von 90 Proz. in den Vereinigten Staaten ausgelegt und ihre Auflösung an der New Yorker Stock-Börse benötigt werden. Die Auszahlung des Gegenwertes der Schulverschreibungen zu 88 Proz. soll gegen Ende d. R. erfolgen.

Der französische Unterrichtsminister in Berlin.

Berlin, 14. September.

Der französische Unterrichtsminister de Monzie traf gestern abend 9 Uhr mit dem fahrradähnlichen Auto, von Kopenhagen kommend, als erster französischer amtierender Minister in Berlin ein. Zum Empfang hatten sich auf dem Bahnhofe der französische Botschafter, der französische Generalkonsul und ein Vertreter des Auswärtigen Amtes eingefunden.

Die Blätter betonen, daß der Aufenthalt de Monzie in Berlin lediglich den Zweck einer kulturellen Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich. Bei der angekündigten Unterredung mit dem preußischen Kultusminister wird de Monzie wahrscheinlich auch die Frage der Einheitschule ansprechen, über die er bereits in seinem Kopenhagener Vortrag gesprochen hat. Der Minister wird heute abend Berlin wieder verlassen.

einer Gefährdung echt kommunistischer Gesinnung aufweisen. So darf beispielweise der „Hohenstein“ von Wagner wegen seines mythischen Inhalts nicht aufgeführt werden. Nach Schillers „Maria Stuart“ wurde verboten, weil es „ein religiöses und monarchisches Werk“ sei. Die Theaterzenzur im überrevolutionären Moskau zeigt also eine geradezu groteske reaktionäre Einstellung.

Sächsische Staatsbibliothek. Opernhaus. Donnerstag, ab 17. September. Der „Wagnersmann“ mit Ringzugkonzert in der Freilichtbühne Seiffen zum ersten Mal. Richter (Sächsische Oper), Helene Dang (Wagnersena), Heinrich Lehner (am rechten Mittwoch), Ludwig Ernst (Siegfried), Otto Baum (am rechten Dienstag). Musikalische Leitung: Kurt Schindler, Spielleitung: Georg Tollé, Rollen: 15 Uhr.

Die überzeugende Ottile Schnell feierte am 16. September ihre 25-jährige Bühnengeschäftsfest zu den herzlichen Gratulationen aller Freunde.

Schauspielhaus: Mittwoch, den 16. September (Komedie) a. M.: Biederholz der Komödie „Schäßburg“ von Schiller. Freitag, 18. September, 19. September: „Die Braut“ von Schiller. Montag, 21. September: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Dienstag, 22. September: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Montag, 28. September: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Dienstag, 29. September: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Montag, 5. Oktober: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Dienstag, 6. Oktober: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Montag, 12. Oktober: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Dienstag, 13. Oktober: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Montag, 19. Oktober: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Dienstag, 20. Oktober: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Montag, 26. Oktober: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Dienstag, 27. Oktober: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Montag, 3. November: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Dienstag, 4. November: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Montag, 10. November: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Dienstag, 11. November: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Montag, 18. November: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Dienstag, 19. November: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Montag, 25. November: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Dienstag, 26. November: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Montag, 2. Dezember: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Dienstag, 3. Dezember: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Montag, 10. Dezember: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Dienstag, 11. Dezember: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Montag, 17. Dezember: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Dienstag, 18. Dezember: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Montag, 24. Dezember: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Dienstag, 25. Dezember: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Montag, 31. Dezember: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Dienstag, 1. Januar: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Montag, 7. Januar: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Dienstag, 8. Januar: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Montag, 14. Januar: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Dienstag, 15. Januar: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Montag, 21. Januar: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Dienstag, 22. Januar: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Montag, 28. Januar: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Dienstag, 29. Januar: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Montag, 4. Februar: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Dienstag, 5. Februar: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Montag, 11. Februar: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Dienstag, 12. Februar: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Montag, 18. Februar: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Dienstag, 19. Februar: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Montag, 25. Februar: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Dienstag, 26. Februar: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Montag, 1. März: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Dienstag, 2. März: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Montag, 8. März: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Dienstag, 9. März: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Montag, 15. März: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Dienstag, 16. März: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Montag, 22. März: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Dienstag, 23. März: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Montag, 29. März: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Dienstag, 30. März: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Montag, 5. April: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Dienstag, 6. April: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Montag, 12. April: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Dienstag, 13. April: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Montag, 19. April: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Dienstag, 20. April: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Montag, 26. April: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Dienstag, 27. April: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Montag, 3. Mai: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Dienstag, 4. Mai: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Montag, 10. Mai: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Dienstag, 11. Mai: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Montag, 17. Mai: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Dienstag, 18. Mai: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Montag, 24. Mai: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Dienstag, 25. Mai: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Montag, 30. Mai: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Dienstag, 31. Mai: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Montag, 6. Juni: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Dienstag, 7. Juni: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Montag, 13. Juni: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Dienstag, 14. Juni: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Montag, 20. Juni: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Dienstag, 21. Juni: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Montag, 27. Juni: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Dienstag, 28. Juni: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Montag, 4. Juli: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Dienstag, 5. Juli: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Montag, 11. Juli: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Dienstag, 12. Juli: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Montag, 18. Juli: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Dienstag, 19. Juli: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Montag, 25. Juli: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Dienstag, 26. Juli: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Montag, 1. August: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Dienstag, 2. August: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Montag, 8. August: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Dienstag, 9. August: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Montag, 15. August: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Dienstag, 16. August: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Montag, 22. August: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Dienstag, 23. August: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Montag, 29. August: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Dienstag, 30. August: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Montag, 5. September: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Dienstag, 6. September: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Montag, 12. September: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Dienstag, 13. September: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Montag, 19. September: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Dienstag, 20. September: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Montag, 26. September: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Dienstag, 27. September: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Montag, 3. Oktober: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Dienstag, 4. Oktober: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Montag, 10. Oktober: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Dienstag, 11. Oktober: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Montag, 17. Oktober: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Dienstag, 18. Oktober: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Montag, 24. Oktober: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Dienstag, 25. Oktober: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Montag, 31. Oktober: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Dienstag, 1. November: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Montag, 7. November: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Dienstag, 8. November: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Montag, 14. November: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Dienstag, 15. November: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Montag, 21. November: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Dienstag, 22. November: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Montag, 28. November: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Dienstag, 29. November: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Montag, 5. Dezember: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Dienstag, 6. Dezember: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Montag, 12. Dezember: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Dienstag, 13. Dezember: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Montag, 19. Dezember: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Dienstag, 20. Dezember: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Montag, 26. Dezember: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Dienstag, 27. Dezember: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Montag, 2. Januar: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Dienstag, 3. Januar: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Montag, 9. Januar: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Dienstag, 10. Januar: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Montag, 16. Januar: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Dienstag, 17. Januar: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Montag, 23. Januar: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Dienstag, 24. Januar: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Montag, 30. Januar: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Dienstag, 31. Januar: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Montag, 6. Februar: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Dienstag, 7. Februar: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Montag, 13. Februar: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Dienstag, 14. Februar: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Montag, 20. Februar: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Dienstag, 21. Februar: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Montag, 27. Februar: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Dienstag, 28. Februar: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Montag, 5. März: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Dienstag, 6. März: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Montag, 12. März: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Dienstag, 13. März: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Montag, 19. März: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Dienstag, 20. März: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Montag, 26. März: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß. Dienstag, 27. März: „Die Fledermaus“ von Johann Stra

Zur Kontrolle in Österreich.

Wien, 14. September.

Der Hauptratsschuss des Nationalrats ist am Dienstag vormittag 11 Uhr einberufen worden. Gegenstand der Beratungen ist der Bericht der Regierung über die Verhandlungen beim Völkerbundsrat in Genf. Die Eröffnungen haben mit Absicht auf die Einberufung des Hauptratsschusses für Donnerstag nachmittag die Mitglieder des parlamentarischen Verbandes der Partei sowie den Parteivorstand einberufen. Das Urteil in parlamentarischen Kreisen ist zuckhaftend. Die "Neue Freie Presse" schreibt dazu, auf großdeutscher Seite schreibe gegen die Annahme der vom Völkerbund festgestellten Forderungen kein Bedenken zu bestehen, und auch in den Kreisen der christlichsozialen Abgeordneten werde vielfach die Meinung vertreten, daß das Parlament auch fristig genug sei, die gestellten Bedingungen zu erfüllen. Auf sozialdemokratischer Seite war mit einer Ablehnung von vornherein zu rechnen. Jugendwelle Vorauflagen seien im Augenblick verfehlt, da erst Mitte der Woche nach Rückkehr des Bundeskanzlers die einzelnen Parteibeschreibungen stattfinden können.

Ein internationaler Kongress der Minderheiten.

Genf, 14. September.

Am 15. Oktober findet in Genf ein internationaler Kongress der Minderheiten in sämtlichen europäischen Staaten statt. Auf dem Kongress werden rund dreißig Gruppen vertreten sein, darunter auch die Vertreter der "nationalen Minderheiten in Deutschland" (Polen, Wenden und Tschechen). Politische Erörterungen über die Lage der Minderheiten in den verschiedenen Ländern werden jedoch nicht stattfinden. In einer Linie soll der Kongress der Schaffung einer internationalen Organisation zur Zusammenarbeit bei der Wahrung der Minderheitenrechte gewidmet sein.

Eine Unterredung mit Apponyi.

Genf, 14. September.

Der Vertreter des "Soz. Predigers" in Genf hatte am Montag nachmittag eine Unterredung mit dem ungarischen Delegierten Graf Apponyi, wobei es ihm um einige Ausführungen zu dem Minderheitensproblem bat. Apponyi erklärte, daß die Regelung dieses Problems durch den Völkerbund nicht immer glückliche Ergebnisse gezeitigt habe. So seien z. B. auf die letzten Landversammlung 2000 enteignete Bauern in Rumänien mit einer sogenannten Entschädigung von 700 000 Goldfranken abgetan worden, was eine Entschädigung von 30 Franken für das Dorf (2 Hektar) ammache. Dabei beträgt der willkürliche Wert für das Dorf etwa 2000 Franken. Ebenso forderte die Kultuspolitik der rumänischen Regierung, welche die nationale Minderheit auf jede Weise ihrer nationalen Rechte an Kirche und Schule beraubte, zu schwerem Tadel heraus. Apponyi betonte, daß nur eine internationale Regelung, die auf ein neues Recht und auf einen neuen Geist der Versöhnung gegründet sein müsse, das Minoritätsproblem lösen könne. Für den Fall des Unterganges Deutschlands in den Völkerbund erhofft Ungarn eine wichtige Vertretung der Minderheiten in den Völkerbundsräten als es bisher der Fall gewesen sei.

Schweizer Sozialdemokratischer Parteitag.

Genf, 14. September.

Der Schweizer Sozialdemokratische Parteitag beschloß am Montag, in allen Parteifunktionen über den Eintritt in die Sozialistische Internationale Erhebungen zu veranlassen, deren Ergebnis dann entscheidend sein soll. Ebenso wurde beschlossen, den Kampf gegen den Schweizer Militarismus und gegen die Schutzhölzer als Hauptpunkt in das Arbeitsprogramm der Partei aufzunehmen.

Die französische Schuldenlösung.

Paris, 14. September.

Wie die "Chicago Tribune" mitteilt, werde Gaillaud, der sich am Donnerstag mit der französischen Schuldenkommission nach Amerika einschaffe, unter Verabsichtung der Tatsache, daß die französischen Schulden bei Amerika 30 Prog. höher seien als bei England, im Washington Jahreszahlungen in Höhe von etwa 75 Millionen Dollars vorliegen. Im Übrigen werde er dieselben Bedingungen zu erreichen suchen, die er in London erzielt habe. Es werde insbesondere die Rückzahlung der erlangten Kriegsschulden mit den Reparationszahlungen in Verbindung zu bringen suchen, die Frankreich von Deutschland aus dem Dawesplan empfange. Gaillaud wolle also einen Unterschied zwischen den politischen und den handelspolitischen gemacht wissen. Das sei einer der schwierigsten Punkte. Denn die Vereinigten Staaten hätten seit bestellt, daß die Zahlungsfähigkeit Frankreichs in seiner Beziehung zu den Sämmen sehr, die es von Deutschland erhalten. Das amerikanische Schapamit wende sich dagegen, daß Problem der Kriegsschulden mit dem der Reparationen in Verbindung zu bringen schon deshalb, weil die Vereinigten Staaten den Vertrag nicht unterzeichnet hätten.

Paris, 15. September.

Nach einer Nachmeldung aus Washington erklärte eine hohe Persönlichkeit des Schapamit gelegentlich der Unterhaltung, die der Botschafter noch, daß Amerika, Großbritannien und Japan

zustand vor der Südwelt nach Frankreich mit verschiedenen Tendenzen habe, sei dem Botschafter ein Memorandum übergeben worden, das die allgemeinen Bestimmungen der Regelung der französischen Schulden enthält. Das Memorandum sieht eine Bezahlung der Schulden in 62 Jahren vor. Die Feststellung des Kindes sei im Einklang mit der Zahlungsfähigkeit Frankreichs einer späteren Bezeichnung vorbehalten worden.

Washington, 14. September.

Die Schuldenkommission hat ihre Besiedlung darüber ausgedehnt, daß Gaillaud mit einer vollständigen Ernennung nach den Vereinigten Staaten von Am. zu kommen, um über die Regelung der Schuldenfrage zu verhandeln, die dann nur noch der Ratifikation durch das französische Parlament unterliege. Ein Mitglied der Kommission zweifelte, daß Frankreich eine Regelung auf geschäftlicher Grundlage wünsche.

Die Marokko-Kämpfe.

Paris, 14. September.

Der offizielle spanische Bericht über die Lage in Marokko meldet: Die spanische Abteilung des Frontalbündnisses von Tetuan hat gestern vormittag ihren Vormarsch fortgesetzt. Sie besiegte ohne Zwischenfall Abd el Kader. Im Frontabschnitt von Alhucemas legen die Spanier weiter befestigte Stellungen an. Die Belebung von Abd el Kader wurde etwa 10 Tage von gegen 3000 Aufständischen belagert, die diese Stellungen um jeden Preis nehmen sollten. Bei ihres Angriffen wurden sie von Artilleriefeuer unterstellt. Sämtliche Angriffe wurden jedoch abgeschlagen. Die Aufständischen liegen 150 Tote zurück, außerdem mehrere hundert Gewichse und viele Gefangene.

Die Schlacht an der Werghasfront.

Paris, 14. September.

Hovos meldet aus Fez: Die Schlacht an der Werghasfront ist zu Ende. Die französischen Truppen haben ihre Ziele erreicht und besiegt. Der große Offensivvorschub, an dem die französisch-spanischen Truppen teilnehmen werden, scheint jetzt in ziemliche Nähe gerückt zu sein.

Ausbau erobterter Stellungen.

Paris, 14. September.

Noch einer Nachmeldung aus Fez bauen die französischen Truppen die besetzten Stellungen aus. Zahlreiche Unterwerfungsbefehle sind einzugehen.

Frontkämpferkongress in Rom.

Rom, 15. September.

Auf dem Frontkämpferkongress, der in Rom tagt und gestern seine Beratungen abgeschlossen, wurde auch die Tagordnung gegen die deutsche Gesellschaften. Der Antrag wurde von polnischen und tschechischen Delegierten eingefordert. Die Morgenblätter geben den Wortlaut dieser Tagordnung nicht wieder. Bei der Neuwahl des Präsidiums kam es zu einer Meinungsverschiedenheit, indem die Vereinigten Staaten, Italien und Polen für die amerikanischen Kandidaten, Frankreich, England und Belgien aber für den englischen Kandidaten eintraten, während sich Rumänien, Serbien und die Tschechoslowakei d. Abstimmung enthielten. Der Wahlgang mußte schließlich nochmal wiederholt werden, und zwar mit denselben Resultat.

Einheitsfestschrift zur Mossulfrage.

London, 15. September.

30 hervorragende Mitglieder der Vereinigung für den nahen und mittleren Osten haben an den Auftaktkonferenz Chambéry eine Denkschrift gerichtet, worin eine gerechte Regelung der Mossulfrage im Einvernehmen mit der Türkei verlangt und die Beibehaltung des britischen Mandats auf 20 Jahre über den Hof als ein furchtbares Risiko sowohl in militärischer als auch politischer Beziehung bezeichnet wird.

Lloyd George für Landreform.

London, 15. September.

Dem politischen Berichterstatter der "Daily News" folge, wird Lloyd George am nächsten Donnerstag einen liberalen Feldzug für Landreform eröffnen, der während des ganzen Herbstes und Winters fortgesetzt werden soll.

Vom britischen Seemannskrieg.

Wellington, 14. September.

Die Mitglieder der Bevölkerung der "Rowan", die zu 6 Wochen Gefängnis verurteilt worden sind, bildeten heute mit 500 Seelen einen Zug, der durch die Stadt zum Gefängnis marschierte. Mehrere Seelen, gegen die Haftstrafe erlassen waren, antworteten beim Romenaufzug am Gefängnistor und bettelten dann das Gebäude unter Hochrufen.

Untersuchung der Zwischenfälle in Shanghai.

Paris, 14. September.

Die "Chicago Tribune" in Washington meldet, wiege sich China weiter, die gesetzliche Kommission anzuseilen und mit ihr zusammenzuwerken, die Großbritannien, Amerika und Japan eingesetzt haben, um die Ursachen der Zwischenfälle von Shanghai, die auf offenen See vorliegen, aufzuklären. Durch diese die Laxe schwierige Tage kommt es noch, daß Amerika, Großbritannien und Japan

durch die Belebung Frankreichs, Italiens, Belgien und Hollands, mit der französischen Kommission zusammenzuwirken, in Verlegenheit gelassen würden. Um allgemeinen Einvernehmen die Ansicht vorzubereiten, daß die Kommission vier Monate zu Wahl einzusetzt werden, um noch etwas zu erreichen. Wenn China sich weiter ablehnen verhalte, werde die Kommission innerhalb noch etwas erzielen können, wenn sie die Einsetzung einer ähnlichen Kommission in Shanghai und besonders dem Aufbau der Polizei ihre Zuständigkeit schenkt.

Dresden.

* Wiederholter Strafverfahren. Am 5. September war wieder eine Sitzung auf der Winterberghalle von einem Riedmattlaufer, jünglichen grauenhaften Krawallier, von einem anfangs einer anderen Straße erschossen und verletzt und hierauf bei diesem Schußwund mehrfach und schwer verletzt worden. Sein Wagen ist an den Soldaten und den Passanten beschädigt worden. Der am Wagen verletzte Wittenberg machte keine Verhandlung.

* Strafverfahren zu Treptow-Kietz. Am Freitag, den 18. September, 4.30 Uhr verhandelten der Staatsanwalt und der Verteidiger im Strafsaal eines privaten Hauses am Winterberghaus einen strafrechtlichen Anklageschuldspruch, bei dem Instrumentalwelt von Wittenberg, Schubert und Romberg sowie Göde, Schubert und Werner verhandelt werden sollten, im Bereich mit Werten von Goethe, Hölderlin, G. E. Werner, Holz und B. A. Wundt, gehörten den Mitgliedern des Handischen Vereins, die Angehörigen der Schlaggemeinde des Eisengymnasiums und dazu beigeigekommenen Personen.

* Strafverfahren zu Treptow-Kietz. Am Freitag, den 18. September, 4.30 Uhr verhandelten der Staatsanwalt und der Verteidiger im Strafsaal eines privaten Hauses am Winterberghaus einen strafrechtlichen Anklageschuldspruch, bei dem Instrumentalwelt von Wittenberg, Schubert und Romberg sowie Göde, Schubert und Werner verhandelt werden sollten, im Bereich mit Werten von Goethe, Hölderlin, G. E. Werner, Holz und B. A. Wundt, gehörten den Mitgliedern des Handischen Vereins, die Angehörigen der Schlaggemeinde des Eisengymnasiums und dazu beigeigekommenen Personen.

* Strafverfahren zu Treptow-Kietz. Am Freitag, den 18. September, 4.30 Uhr verhandelten der Staatsanwalt und der Verteidiger im Strafsaal eines privaten Hauses am Winterberghaus einen strafrechtlichen Anklageschuldspruch, bei dem Instrumentalwelt von Wittenberg, Schubert und Romberg sowie Göde, Schubert und Werner verhandelt werden sollten, im Bereich mit Werten von Goethe, Hölderlin, G. E. Werner, Holz und B. A. Wundt, gehörten den Mitgliedern des Handischen Vereins, die Angehörigen der Schlaggemeinde des Eisengymnasiums und dazu beigeigekommenen Personen.

* Strafverfahren zu Treptow-Kietz. Am Freitag, den 18. September, 4.30 Uhr verhandelten der Staatsanwalt und der Verteidiger im Strafsaal eines privaten Hauses am Winterberghaus einen strafrechtlichen Anklageschuldspruch, bei dem Instrumentalwelt von Wittenberg, Schubert und Romberg sowie Göde, Schubert und Werner verhandelt werden sollten, im Bereich mit Werten von Goethe, Hölderlin, G. E. Werner, Holz und B. A. Wundt, gehörten den Mitgliedern des Handischen Vereins, die Angehörigen der Schlaggemeinde des Eisengymnasiums und dazu beigeigekommenen Personen.

* Strafverfahren zu Treptow-Kietz. Am Freitag, den 18. September, 4.30 Uhr verhandelten der Staatsanwalt und der Verteidiger im Strafsaal eines privaten Hauses am Winterberghaus einen strafrechtlichen Anklageschuldspruch, bei dem Instrumentalwelt von Wittenberg, Schubert und Romberg sowie Göde, Schubert und Werner verhandelt werden sollten, im Bereich mit Werten von Goethe, Hölderlin, G. E. Werner, Holz und B. A. Wundt, gehörten den Mitgliedern des Handischen Vereins, die Angehörigen der Schlaggemeinde des Eisengymnasiums und dazu beigeigekommenen Personen.

* Strafverfahren zu Treptow-Kietz. Am Freitag, den 18. September, 4.30 Uhr verhandelten der Staatsanwalt und der Verteidiger im Strafsaal eines privaten Hauses am Winterberghaus einen strafrechtlichen Anklageschuldspruch, bei dem Instrumentalwelt von Wittenberg, Schubert und Romberg sowie Göde, Schubert und Werner verhandelt werden sollten, im Bereich mit Werten von Goethe, Hölderlin, G. E. Werner, Holz und B. A. Wundt, gehörten den Mitgliedern des Handischen Vereins, die Angehörigen der Schlaggemeinde des Eisengymnasiums und dazu beigeigekommenen Personen.

* Strafverfahren zu Treptow-Kietz. Am Freitag, den 18. September, 4.30 Uhr verhandelten der Staatsanwalt und der Verteidiger im Strafsaal eines privaten Hauses am Winterberghaus einen strafrechtlichen Anklageschuldspruch, bei dem Instrumentalwelt von Wittenberg, Schubert und Romberg sowie Göde, Schubert und Werner verhandelt werden sollten, im Bereich mit Werten von Goethe, Hölderlin, G. E. Werner, Holz und B. A. Wundt, gehörten den Mitgliedern des Handischen Vereins, die Angehörigen der Schlaggemeinde des Eisengymnasiums und dazu beigeigekommenen Personen.

* Strafverfahren zu Treptow-Kietz. Am Freitag, den 18. September, 4.30 Uhr verhandelten der Staatsanwalt und der Verteidiger im Strafsaal eines privaten Hauses am Winterberghaus einen strafrechtlichen Anklageschuldspruch, bei dem Instrumentalwelt von Wittenberg, Schubert und Romberg sowie Göde, Schubert und Werner verhandelt werden sollten, im Bereich mit Werten von Goethe, Hölderlin, G. E. Werner, Holz und B. A. Wundt, gehörten den Mitgliedern des Handischen Vereins, die Angehörigen der Schlaggemeinde des Eisengymnasiums und dazu beigeigekommenen Personen.

* Strafverfahren zu Treptow-Kietz. Am Freitag, den 18. September, 4.30 Uhr verhandelten der Staatsanwalt und der Verteidiger im Strafsaal eines privaten Hauses am Winterberghaus einen strafrechtlichen Anklageschuldspruch, bei dem Instrumentalwelt von Wittenberg, Schubert und Romberg sowie Göde, Schubert und Werner verhandelt werden sollten, im Bereich mit Werten von Goethe, Hölderlin, G. E. Werner, Holz und B. A. Wundt, gehörten den Mitgliedern des Handischen Vereins, die Angehörigen der Schlaggemeinde des Eisengymnasiums und dazu beigeigekommenen Personen.

* Strafverfahren zu Treptow-Kietz. Am Freitag, den 18. September, 4.30 Uhr verhandelten der Staatsanwalt und der Verteidiger im Strafsaal eines privaten Hauses am Winterberghaus einen strafrechtlichen Anklageschuldspruch, bei dem Instrumentalwelt von Wittenberg, Schubert und Romberg sowie Göde, Schubert und Werner verhandelt werden sollten, im Bereich mit Werten von Goethe, Hölderlin, G. E. Werner, Holz und B. A. Wundt, gehörten den Mitgliedern des Handischen Vereins, die Angehörigen der Schlaggemeinde des Eisengymnasiums und dazu beigeigekommenen Personen.

* Strafverfahren zu Treptow-Kietz. Am Freitag, den 18. September, 4.30 Uhr verhandelten der Staatsanwalt und der Verteidiger im Strafsaal eines privaten Hauses am Winterberghaus einen strafrechtlichen Anklageschuldspruch, bei dem Instrumentalwelt von Wittenberg, Schubert und Romberg sowie Göde, Schubert und Werner verhandelt werden sollten, im Bereich mit Werten von Goethe, Hölderlin, G. E. Werner, Holz und B. A. Wundt, gehörten den Mitgliedern des Handischen Vereins, die Angehörigen der Schlaggemeinde des Eisengymnasiums und dazu beigeigekommenen Personen.

* Strafverfahren zu Treptow-Kietz. Am Freitag, den 18. September, 4.30 Uhr verhandelten der Staatsanwalt und der Verteidiger im Strafsaal eines privaten Hauses am Winterberghaus einen strafrechtlichen Anklageschuldspruch, bei dem Instrumentalwelt von Wittenberg, Schubert und Romberg sowie Göde, Schubert und Werner verhandelt werden sollten, im Bereich mit Werten von Goethe, Hölderlin, G. E. Werner, Holz und B. A. Wundt, gehörten den Mitgliedern des Handischen Vereins, die Angehörigen der Schlaggemeinde des Eisengymnasiums und dazu beigeigekommenen Personen.

* Strafverfahren zu Treptow-Kietz. Am Freitag, den 18. September, 4.30 Uhr verhandelten der Staatsanwalt und der Verteidiger im Strafsaal eines privaten Hauses am Winterberghaus einen strafrechtlichen Anklageschuldspruch, bei dem Instrumentalwelt von Wittenberg, Schubert und Romberg sowie Göde, Schubert und Werner verhandelt werden sollten, im Bereich mit Werten von Goethe, Hölderlin, G. E. Werner, Holz und B. A. Wundt, gehörten den Mitgliedern des Handischen Vereins, die Angehörigen der Schlaggemeinde des Eisengymnasiums und dazu beigeigekommenen Personen.

* Strafverfahren zu Treptow-Kietz. Am Freitag, den 18. September, 4.30 Uhr verhandelten der Staatsanwalt und der Verteidiger im Strafsaal eines privaten Hauses am Winterberghaus einen strafrechtlichen Anklageschuldspruch, bei dem Instrumentalwelt von Wittenberg, Schubert und Romberg sowie Göde, Schubert und Werner verhandelt werden sollten, im Bereich mit Werten von Goethe, Hölderlin, G. E. Werner, Holz und B. A. Wundt, gehörten den Mitgliedern des Handischen Vereins, die Angehörigen der Schlaggemeinde des Eisengymnasiums und dazu beigeigekommenen Personen.

* Strafverfahren zu Treptow-Kietz. Am Freitag, den 18. September, 4.30 Uhr verhandelten der Staatsanwalt und der Verteidiger im Strafsaal eines privaten Hauses am Winterberghaus einen strafrechtlichen Anklageschuldspruch, bei dem Instrumentalwelt von Wittenberg, Schubert und Romberg sowie Göde, Schubert und Werner verhandelt werden sollten, im Bereich mit Werten von Goethe, Hölderlin, G. E. Werner, Holz und B. A. Wundt, gehörten den Mitgliedern des Handischen Vereins, die Angehörigen der Schlaggemeinde des Eisengymnasiums und dazu beigeigekommenen Personen.

* Strafverfahren zu Treptow-Kietz. Am Freitag, den 18. September, 4.30 Uhr verhandelten der Staatsanwalt und der Verteidiger im Strafsaal eines privaten Hauses am Winterberghaus einen strafrechtlichen Anklageschuldspruch, bei dem Instrumentalwelt von Wittenberg, Schubert und Romberg sowie Göde, Schubert und Werner verhandelt werden sollten, im Bereich mit Werten von Goethe, Hölderlin, G. E. Werner, Holz und B. A. Wundt, gehörten den Mitgliedern des Handischen Vereins, die Angehörigen der Schlaggemeinde des Eisengymnasiums und dazu beigeigekommenen Personen.

* Strafverfahren zu Treptow-Kietz. Am Freitag, den 18. September, 4.30 Uhr verhand

Amtlicher Teil.

Auf Antrag der freien Schneiderinnung der Amtsgerichtsbezirke Altenberg und Zwickau wird hiermit gemäß §§ 100 und 100b der Reichsgewerbeordnung angeordnet, daß von 1. Oktober 1925 ab sämtliche Gewerbetreibende, die in den Amtsgerichtsbezirken Altenberg und Zwickau das Schneiderhandwerk selbstständig betreiben, gleichviel ob sie Gesellen oder Lehrlinge halten oder nicht, der neu in errichtenden "Schneider-Zwangsgesetz" oder "Mühlthal" mit dem Sieze in Geltung angehören haben. [IV 69a Inn.] 3479

Kreishauptmannschaft Dresden,
am 10. September 1925.

Die freie Bäckerinnung Zwickau und Umgegend hat die Umwandlung dieser Innung in eine Zwangskinnung für den amtsgerichtsmässigen Zweigamtshof Zwickau und Umgegend derjenigen Orte, die der Bäckerzwangskinnung Oberhau angehören, beantragt.

Bürgermeister Werner beim Stadtrat Zwickau deshalb für die Abiegung des Verfahrens nach § 100 und 100a der Reichsgewerbeordnung zum Kommissar ernannt worden. [IV 61a Inn.] 3480

Kreishauptmannschaft Dresden,
am 10. September 1925.

Nachdem von einer Anzahl Beteiligter der Antrag auf Errichtung einer Zwangskinnung für das Goldschmiedehandwerk in den Bezirken der Kreishauptmannschaft Freiberg, des amtsgerichtsmässigen Zweigamts Zwickau und der Stadtgemeinde Freiberg mit dem Sieze in Freiberg gestellt wurde, ist Bürgermeister Dr. Gente beim Stadtrat Freiberg für die Abiegung des Verfahrens nach § 100 und 100a der Reichsgewerbeordnung zum Kommissar ernannt worden. 3481

Kreishauptmannschaft Dresden,
am 10. September 1925.

Nachdem von einer Anzahl Beteiligter der Antrag auf Errichtung einer Zwangskinnung für das Goldschmiedehandwerk in den Bezirken der

Amtsgerichtsbezirke Altenberg und Zwickau und hiermit gemäß §§ 100 und 100b der Reichsgewerbeordnung angeordnet, daß von 1. Oktober 1925 ab sämtliche Gewerbetreibende, die in den Amtsgerichtsbezirken Altenberg und Zwickau das Schneiderhandwerk selbstständig betreiben, gleichviel ob sie Gesellen oder Lehrlinge halten oder nicht,

der neu in errichtenden "Schneider-Zwangsgesetz" oder "Mühlthal" mit dem Sieze in Geltung angehören haben. [IV 69a Inn.] 3479

Die Gesellschaft kann Unternehmungen gleicher oder ähnlicher Art erwerben und veräußern, aber sich an solchen beteiligen und kann Interessen-Gemeinschafts-Verträge abschließen.

Gegenstand des Unternehmens ist insbesondere auch die Erhaltung und Zusammenfassung der finanziellen, sozialmännischen, technischen und sonstigen Interessen von Betrieben und Unternehmungen auf gleichen oder ähnlichen Wirtschaftsbereichen.

Die Gesellschaft ist berechtigt, Zusammenschlüsse in innen und Ausland zu errichten und Grundstücke für ihre Zwecke zu erwerben. — Weiter wird noch bekanntgemacht: Die Versammlung der Generalversammlung erfolgt dergestalt, daß zwischen den Tagen der Bekanntmachung und dem Tage der Generalversammlung eine Frist von mindestens zwanzig Tagen liegt.

Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen rechtsgültig durch einmalige Veröffentlichung, so weit nicht mehrmalige Veröffentlichungen vorgelebt werden sind, im Deutschen Reichsanzeiger. 3485

Amtsgericht Überhöchstädt,
am 14. September 1925.

Zum Handelsregister ist heute eingetragen worden:

1. auf Blatt 682, die Gesellschaft "Gesellschaftsvereinigung Goldschmiede" in Großröhrsdorf betr.: Der Fabrikant Edmund Teschow Boden in Wilhelmsdorf bei Cossnitz ist als Mitglied des Gesellschaftsverbandes ausgeschieden. Barbara Eleonore Leid, Boden in Großröhrsdorf ist zum Mitglied des Gesellschaftsverbandes bestellt; 3486

2. auf Blatt 1053, die Firma Friedrich Ilgen in Freiberg mit: Prokura ist erteilt dem Oberingenieur Gustav Wilhelm Pätz in Freiberg.

Amtsgericht Freiberg,
am 14. September 1925.

Folgende im Grundbuche für Leipzig - Anger auf den Namen des Kohenhändlers Karl Schmidt in Leipzig - Anger, Mölauer Straße 43, eingetragenen Grundstücke sollen

am 21. November 1925, auf der Gerichtsstelle, Petersstraße 8. II. - Saal 112 - im Wege der Zwangsvollstreckung versteigert werden.

1. Blatt 205, nach dem Blattbuche 10,7 Ac ar, auf 41000 RM. geschäf. (Termin vormittags 14.10 Uhr); besteht aus dem Hausnumm. 122, liegt Mölauer Straße Nr. 52, ist mit Vorderwohnhaus, Hinterhaus und Hinterhäusern bebaut. Zur Brandfläche ist es im Jahre 1903 mit 4970 M. unter Nr. 66 Abt. A eingetragen worden;

2. Blatt 207, nach dem Blattbuche 3,3 Ac ar, auf 21000 RM. geschäf. (Termin vormittags 14.11 Uhr); besteht aus dem Hausnumm. 123, liegt Mölauer Straße Nr. 48, ist mit Wohnhaus, Hinterhaus, Wohnhaus und Hinterhäusern bebaut. Zur Brandfläche ist es am 26.1.1922 unter Grundstücksnummer der Friedensbauaparte vom Jahre 1914 mit 31900 M. unter Nr. 64 Abt. A eingetragen worden.

Die Einsicht der Mitteilungen des Grundbuchamts sowie der übrigen das Grundstück betreffenden Nachweisen, insbesondere der Schätzungen, ist jedem gestattet.

Rechte auf Besiedlung aus dem Grundstück sind, soweit sie zur Zeit der Eintragung des zu 1: am 10. November 1924 und zu 2: am 11. Dezember 1924 verlaubten Besiedelungsvermerks aus dem Grundbuche nicht ersichtlich waren, spätestens im Besiedelungsstermine vor der Auflösung aus Abnahme von Geboten anzunehmen und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, wodurchfernfalls die Rechte bei der Feststellung des achtzigjährigen Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Besiedelungsvermerks dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgeht werden würden.

Recht auf Besiedlung aus dem Grundstück sind, soweit sie zur Zeit der Eintragung des zu 1: am 10. November 1924 und zu 2: am 11. Dezember 1924 verlaubten Besiedelungsvermerks aus dem Grundbuche nicht ersichtlich waren, spätestens im Besiedelungsstermine vor der Auflösung aus Abnahme von Geboten anzunehmen und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, wodurchfernfalls die Rechte bei der Feststellung des achtzigjährigen Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Besiedelungsvermerks dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgeht werden würden.

Recht auf Besiedlung aus dem Grundstück sind, soweit sie zur Zeit der Eintragung des zu 1: am 10. November 1924 und zu 2: am 11. Dezember 1924 verlaubten Besiedelungsvermerks aus dem Grundbuche nicht ersichtlich waren, spätestens im Besiedelungsstermine vor der Auflösung aus Abnahme von Geboten anzunehmen und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, wodurchfernfalls die Rechte bei der Feststellung des achtzigjährigen Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Besiedelungsvermerks dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgeht werden würden.

Recht auf Besiedlung aus dem Grundstück sind, soweit sie zur Zeit der Eintragung des zu 1: am 10. November 1924 und zu 2: am 11. Dezember 1924 verlaubten Besiedelungsvermerks aus dem Grundbuche nicht ersichtlich waren, spätestens im Besiedelungsstermine vor der Auflösung aus Abnahme von Geboten anzunehmen und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, wodurchfernfalls die Rechte bei der Feststellung des achtzigjährigen Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Besiedelungsvermerks dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgeht werden.

Zum Blatt 205, nach dem Blattbuche 3,3 Ac ar, auf 21000 RM. geschäf. (Termin vormittags 14.11 Uhr); besteht aus dem Hausnumm. 123, liegt Mölauer Straße Nr. 48, ist mit Wohnhaus, Hinterhaus, Wohnhaus und Hinterhäusern bebaut. Zur Brandfläche ist es am 26.1.1922 unter Grundstücksnummer der Friedensbauaparte vom Jahre 1914 mit 31900 M. unter Nr. 64 Abt. A eingetragen worden.

Die Gegenstand des Unternehmens ist die Herstellung aller Arten der Textilindustrie, sowie Handel mit solchen Artikeln und deren Rohstoffen.

Amtsgericht Augustusburg,
den 12. September 1925. 3494

Im Handelsregister ist heute auf Blatt 539, seit die Firma Hermann Wünnes Ebenen Wiesen am 1. Februar 1925 eingetragen worden, daß der Gesellschaftsvertrag durch Beschluss der Generalversammlung vom 25. August 1925 laut Notariatsprotokoll vom gleichen Tage in verschiedenen Punkten abgeändert worden ist.

Gegenstand des Unternehmens ist die Herstellung aller Arten der Textilindustrie, sowie Handel mit solchen Artikeln und deren Rohstoffen.

Aus Anlaß eines Beuges der Ausstellung "Wohnung und Siedlung" heißt die Vereinigung Deutscher Wohnungsräte am Montag in Dresden wichtige Verträge über Wohnung und Mieterelationen ab. Beide Seiten warten die Reichsregierung, die jüdische Staatsregierung durch Ministerialdirektor Dr. Vollmer vom Arbeits- und Sozialministerium und Oberlandesgerichtsrat Dr. Rieger vom Justizministerium, daß das jüdische Ministerium ihr soziale Angelegenheiten u.s.w.

Bürgermeister Rieger begrüßte die Tagung für die Stadt Dresden, Ministerialrat Dr. Brandis war für die Reichsregierung, die großen Werke darauf legt, die Meinung der Wohnungsräte über das Reichsamt vorliegende Mieterelations- und Mieterelationsvertrag zu erfahren, und Ministerialdirektor Dr. Rieger vom Arbeits- und Sozialministerium und Oberlandesgerichtsrat Dr. Rieger vom Justizministerium, daß das jüdische Ministerium ihr soziale Angelegenheiten u.s.w.

Der Antrag des Beuges der Ausstellung "Wohnung und Siedlung" ist die Herstellung aller Arten der Textilindustrie, sowie Handel mit solchen Artikeln und deren Rohstoffen.

Den ersten Vortrag hielt der Direktor des Wohnungsbüros der Stadt Dresden, Dr. Leyser, über das Wohnungswesen der Stadt Dresden. Obgleich seine Ausführungen also in erster Linie auf die Dresdner Verhältnisse einstellten, verdienten sie doch allgemein die größte Beachtung, bilden sie doch eine eindeutige Warnung vor überstürztem Abbau der Zwangs-

bestimmungen.

Der Redner widersprach auch der Aussage der Hausbesitzer, daß die Wohnungslage gegenüber der Zeit vor dem Kriege zufrieden gegegenüber stand, und erklärte das Ergebnis der Zwangswirtschaftlichkeit, und erklärte den Rückgang der Wohnungslage durch die Verminderung der Kapazität, die auf eine Hochstaltung einstellt. Er wies auf Grund von Ziffern aus der Zeit vor dem Kriege nach, daß bei freier Wirtschaft eine Verschärfung der Wohnungsmangel durchaus nicht notwendig eine Verbesserung der Bevölkerung betrieben werden kann.

Der Redner wies nach, daß nach dem gegenwärtigen Stande der Haushalte und des Bausatzes ein Neubau in freier Wirtschaft etwa die Hälfte der Zwickauer Mieterelationsnot unter einem Zeitraum von 12 Jahren nicht zu denken ist. Die Mietzinsser müßten durch eine reine Bodenwertsteuer noch erhöhtem Wert erzielt werden, was mit damit zu einer hohen und steuerbelasteten Kosten, die am 21. Mai 1924 Eigentümer der Obligationen waren, beizutragen sind.

Die Bevölkerung schreibt eine Verschärfung der Wohnungsmangel durchaus nicht notwendig eine Verbesserung der Bevölkerung betrieben werden kann.

Der Redner wies nach, daß nach dem gegenwärtigen Stande der Haushalte und des Bausatzes ein Neubau in freier Wirtschaft etwa die Hälfte der Zwickauer Mieterelationsnot unter einem Zeitraum von 12 Jahren nicht zu denken ist. Die Mietzinsser müßten durch eine reine Bodenwert-

steuer noch erhöhtem Wert erzielt werden, was mit damit zu einer hohen und steuerbelasteten Kosten, die am 21. Mai 1924 Eigentümer der Obligationen waren, beizutragen sind.

Die Bevölkerung schreibt eine Verschärfung der Wohnungsmangel durchaus nicht notwendig eine Verbesserung der Bevölkerung betrieben werden kann.

Der Redner wies nach, daß nach dem gegenwärtigen Stande der Haushalte und des Bausatzes ein Neubau in freier Wirtschaft etwa die Hälfte der Zwickauer Mieterelationsnot unter einem Zeitraum von 12 Jahren nicht zu denken ist. Die Mietzinsser müßten durch eine reine Bodenwert-

steuer noch erhöhtem Wert erzielt werden, was mit damit zu einer hohen und steuerbelasteten Kosten, die am 21. Mai 1924 Eigentümer der Obligationen waren, beizutragen sind.

Die Bevölkerung schreibt eine Verschärfung der Wohnungsmangel durchaus nicht notwendig eine Verbesserung der Bevölkerung betrieben werden kann.

Der Redner wies nach, daß nach dem gegenwärtigen Stande der Haushalte und des Bausatzes ein Neubau in freier Wirtschaft etwa die Hälfte der Zwickauer Mieterelationsnot unter einem Zeitraum von 12 Jahren nicht zu denken ist. Die Mietzinsser müßten durch eine reine Bodenwert-

steuer noch erhöhtem Wert erzielt werden, was mit damit zu einer hohen und steuerbelasteten Kosten, die am 21. Mai 1924 Eigentümer der Obligationen waren, beizutragen sind.

Die Bevölkerung schreibt eine Verschärfung der Wohnungsmangel durchaus nicht notwendig eine Verbesserung der Bevölkerung betrieben werden kann.

Der Redner wies nach, daß nach dem gegenwärtigen Stande der Haushalte und des Bausatzes ein Neubau in freier Wirtschaft etwa die Hälfte der Zwickauer Mieterelationsnot unter einem Zeitraum von 12 Jahren nicht zu denken ist. Die Mietzinsser müßten durch eine reine Bodenwert-

steuer noch erhöhtem Wert erzielt werden, was mit damit zu einer hohen und steuerbelasteten Kosten, die am 21. Mai 1924 Eigentümer der Obligationen waren, beizutragen sind.

Die Bevölkerung schreibt eine Verschärfung der Wohnungsmangel durchaus nicht notwendig eine Verbesserung der Bevölkerung betrieben werden kann.

Der Redner wies nach, daß nach dem gegenwärtigen Stande der Haushalte und des Bausatzes ein Neubau in freier Wirtschaft etwa die Hälfte der Zwickauer Mieterelationsnot unter einem Zeitraum von 12 Jahren nicht zu denken ist. Die Mietzinsser müßten durch eine reine Bodenwert-

steuer noch erhöhtem Wert erzielt werden, was mit damit zu einer hohen und steuerbelasteten Kosten, die am 21. Mai 1924 Eigentümer der Obligationen waren, beizutragen sind.

Die Bevölkerung schreibt eine Verschärfung der Wohnungsmangel durchaus nicht notwendig eine Verbesserung der Bevölkerung betrieben werden kann.

Der Redner wies nach, daß nach dem gegenwärtigen Stande der Haushalte und des Bausatzes ein Neubau in freier Wirtschaft etwa die Hälfte der Zwickauer Mieterelationsnot unter einem Zeitraum von 12 Jahren nicht zu denken ist. Die Mietzinsser müßten durch eine reine Bodenwert-

steuer noch erhöhtem Wert erzielt werden, was mit damit zu einer hohen und steuerbelasteten Kosten, die am 21. Mai 1924 Eigentümer der Obligationen waren, beizutragen sind.

Die Bevölkerung schreibt eine Verschärfung der Wohnungsmangel durchaus nicht notwendig eine Verbesserung der Bevölkerung betrieben werden kann.

Der Redner wies nach, daß nach dem gegenwärtigen Stande der Haushalte und des Bausatzes ein Neubau in freier Wirtschaft etwa die Hälfte der Zwickauer Mieterelationsnot unter einem Zeitraum von 12 Jahren nicht zu denken ist. Die Mietzinsser müßten durch eine reine Bodenwert-

steuer noch erhöhtem Wert erzielt werden, was mit damit zu einer hohen und steuerbelasteten Kosten, die am 21. Mai 1924 Eigentümer der Obligationen waren, beizutragen sind.

Die Bevölkerung schreibt eine Verschärfung der Wohnungsmangel durchaus nicht notwendig eine Verbesserung der Bevölkerung betrieben werden kann.

Der Redner wies nach, daß nach dem gegenwärtigen Stande der Haushalte und des Bausatzes ein Neubau in freier Wirtschaft etwa die Hälfte der Zwickauer Mieterelationsnot unter einem Zeitraum von 12 Jahren nicht zu denken ist. Die Mietzinsser müßten durch eine reine Bodenwert-

steuer noch erhöhtem Wert erzielt werden, was mit damit zu einer hohen und steuerbelasteten Kosten, die am 21. Mai 1924 Eigentümer der Obligationen waren, beizutragen sind.

Die Bevölkerung schreibt eine Verschärfung der Wohnungsmangel durchaus nicht notwendig eine Verbesserung der Bevölkerung betrieben werden kann.

Der Redner wies nach, daß nach dem gegenwärtigen Stande der Haushalte und des Bausatzes ein Neubau in freier Wirtschaft etwa die Hälfte der Zwickauer Mieterelationsnot unter einem Zeitraum von 12 Jahren nicht zu denken ist. Die Mietzinsser müßten durch eine reine Bodenwert-

steuer noch erhöhtem Wert erzielt werden, was mit damit zu einer hohen und steuerbelasteten Kosten, die am 21. Mai 1924 Eigentümer der Obligationen waren, beizutragen sind.

Die Bevölkerung schreibt eine Verschärfung der Wohnungsmangel durchaus nicht notwendig eine Verbesserung der Bevölkerung betrieben werden kann.

Der Redner wies nach, daß nach dem gegenwärtigen Stande der Haushalte und des Bausatzes ein Neubau in freier Wirtschaft etwa die Hälfte der Zwickauer Mieterelationsnot unter einem Zeitraum von 12 Jahren nicht zu denken ist. Die Mietzinsser müßten durch eine reine Bodenwert-

steuer noch erhöhtem Wert erzielt werden, was mit damit zu einer hohen und steuerbelasteten Kosten, die am 21. Mai 1924 Eigentümer der Obligationen waren, beizutragen sind.

Die Bevölkerung schreibt eine Verschärfung der Wohnungsmangel durchaus nicht notwendig eine Verbesserung der Bevölkerung betrieben werden kann.

Der Redner wies nach, daß nach dem gegenwärtigen Stande der Haushalte und des Bausatzes ein Neubau in freier Wirtschaft etwa die Hälfte der Zwickauer Mieterelationsnot unter einem Zeitraum von 12 Jahren nicht zu denken ist. Die Mietzinsser müßten durch eine reine Boden

Bund der Buchdruckervereinigungen. Vom 9. bis 12. September fand die Tagung des Bundes der Buchdruckervereinigungen (Bücherdruckerei Deutschlands) in Dresden statt. Am 9. September begannen früh die verschiedenen Ausschusssitzungen in der Dresdner Kaufmannschaft. Die Arbeit der Ausschüsse war so umfangreich, daß sich die Sitzungen bis in die Nacht hinein andehnten. Die geleistete fruchtbare Arbeit kam der Hauptversammlung sehr zu Gute, so daß sie am einem Tage beendet werden konnte, obwohl sich die vom Bundesvorstand bestimmten beiden Büchertreuhändern Meywald (Berlin) geleitete Versammlung mit 19 verschiedenen Punkten zu beschließen hatte. Unter anderem wurde beschlossen, mehrere Mitglieder zum Internationalen Accurionont-concres in Amsterdam für 1926 abzuordnen. Oberverwaltungsrat Geheimrat Dr. Ernst Pape (Berlin) wurde in Amtsdruck der großen Verdienste um den Bund zum Ehrenmitglied ernannt, desgleichen Büchertreuhänder Schneemann (Hamburg). Der Abend wurde beschlossen durch ein Zusammensein in der Jahresschau Deutscher Kaufmannschaft. Am Freitag fanden in der Dresdner Kaufmannschaft zwei interessante Vorführungen statt, und zwar sprachen Dr.-Ing. Dr. rer. pol. Lehmann (Dresden) über "Preisbildung und Preiskalkulation des schwankenden Betriebsgewerbes" und Oberverwaltungsrat Geheimrat Dr. E. Pape (Berlin) über "Steuerstrafprozeß". Beide Vorführungen wohnten Vertreter der verschiedenen Behörden, der Handelskammer und wissenschaftlicher Verbände bei. Die nächstjährige Tagung soll in Hamburg abgehalten werden.

Leipzig. Die Leipziger Sitzungsbahndirektion hat nunmehr drei Autobuslinien im Überlandverkehr in Betrieb genommen. Vorläufig verkehren Autobusse nach Lindenau, Liebertwolkswitz und Markranstädt. Der Verkehr soll aber in der nächsten Zeit weiter ausgebaut werden.

Zwickau. Vertreter der Stadt haben unter sachverständiger Leitung die Dresdner Jahresschau "Wohnung und Siedlung" besucht. Die Rechtsabteilung der Stadtverordneten hat den Antrag gestellt, die Ergebnisse dieser Besichtigung durch den Rat in den betreffenden Ausschüssen erörtern zu lassen.

Döbeln. In der zu größeren Veranstaltungen als Stadtbahn benannten Exzerzhalle findet zurzeit eine schwindende Gartenbau- und Blumenausstellung statt. Die Veranstalter sind die Mitglieder der Bischöflichen-Aulendorfer-Begriffsgruppe im Reichsverband deutscher Gartenbauvereine. Die von Teufelshofen bis Geringenwalde reicht. Die Eröffnung der Ausstellung fand am Sonnabend in Anwesenheit der hiesigen Behörden und des Direktors der Hochkammer für Obst- und Gartenbau, Dürkopp, statt. Die 2000 Quadratmeter umfassende Halle ist in eine kleine Parkanlage umgewandelt, die ein deutlicher Beweis dafür ist, daß die deutschen Gewerbezögner sich immer unabhängiger vom Ausland zu machen bestreben.

Schwarzenberg. Die Stadtverordneten beschäftigten sich mit der Herausbildung des Wallerstiftes für die Industrie. Diese zahlt jetzt einen Zuschlag von 25 Proz. zu dem vorzüchlichen Preise von 28 Pf. für ein ehemaliges Fach der Rauhvorlage. Auf dieser Basis ist die Industrie aufgewachsen, und zwar mehrere Betriebe das Wasser nicht mehr der städtischen Leitung entzogen, weitere Betriebe würden ebenso verfahren, wenn nicht der Wasserpriis herabgesetzt würde. Schließlich wurde die Herabsetzung mit 13 bürgernahen gegen 11 Stimmen der Linken beschlossen.

Grazahl. Im Hinblick auf den von Jahr zu Jahr mehr zunehmenden Sportverkehr nach dem Kästnerberg, an dem die Sportfreunde aus ganz Sachsen bis nach Leipzig und Dresden beteiligt sind, beachtigte die Reichsbahn, auf der Strecke Grazahl-Oberwiesenthal vom 1. November ab schwerere und besonders für große Steigungen geeignete Lokomotiven verfehlten zu lassen. Es macht sich aus diesem Grunde eine Ausweichung der Schienen von hier bis Oberwiesenthal erforderlich, mit der bereits begonnen worden ist.

Tannenberg i. Erzgeb. In den Tagen vom 12. bis 14. September 1925 feierte die freiwillige Feuerwehr ihr 50-jähriges Bestehen nebst Bannermesse. Die Bevölkerung aus dem Bezirk war eine sehr große. Nicht weniger als 17 Wehren mit 1000 Musketappellen waren erschienen. Dem vom Ortsbürgermeister geweihten Banner wurden zahlreiche Geschenke in Form von Geldsätzen, Banneisenleisten und Banneisenringen zuteil. Der Ortsbürgermeister Bürgermeister Dr. Ge. wurde von der Wehr zum Ehrenmitgliede ernannt. Dem noch einzigen lebenden Mitbegründer der Wehr, Privatmann Hermann Thielitz, wurden von Seiten der Gemeinde und der Wehr die verschiedenartigsten Ehrenungen und wertvolle Geschenke zuteil.

Oberwiesenthal. An der Südseite des sogenannten "kleinen Höhlebergs", unweit von dem neuen hiesischen Unterkunftsbaus, hat ein Chemnitzer namens Fröhliche ein Pilzerterrarium gebaut.

Gotha. Bei Göttingen. Wegen verschiedener Unstimmigkeiten hatte das Ministerium die Gemeindevorordnetenversammlung aufgefordert. Am Sonntag fand die Neuwahl statt, aus der vier Abhänger der S. P. D., zwei der R. P. D. und drei Bürgerliche hervorgingen. Von 506 Stimmberechtigten haben 61 nicht gewählt. Wähler waren in der Versammlung der Gemeindevorordneten zwei Bürgerliche, drei S. P. D. und vier R. P. D.

Wildenfeld. Drei junge Leute, je einer aus Wildenfeld, Schneeberg und Wildenfeld, die bei der französischen Fremdenlegion gedient haben, sind in die Heimat zurückgekehrt. Sie wundern in Frankreich ohne Heimwege und wünschen und warten seinerzeit Weiber in die Hände geslassen.

Görlitz. Hier soll noch läßtiger Pause vom 8. bis 5. Juli 1926 ein Heimatfest in Verbindung mit der Tagung der sächsischen Handelsmannschaften abgedeckt werden.

Hohenstein-Ernstthal. Mit den Erdarbeiten zum Bau eines Aachefamilien- und eines Schafsfamilienhauses hat vergangene Woche die Stadt begonnen. Ein Haus kommt an die Schönburgstraße und das Aachefamilienhaus an den ehemaligen Reichenbach, unweit des Turngrund-

fläcks des Allgemeinen Turnvereins. — Vorläufig zählten fast sämtliche hiesigen Betriebesbetriebe ihren Belegschaften die Nachzählung der Lohnherabsetzung rückwirkend auf 8 Wochen aus. In overkennender Weise haben einige größte Firmen die Lohnherabsetzung auf 10 Proz. festgelegt. Vom Tarifbesluß war die Stoffdruck oder 3, 5 und 10 Proz., was unter den Betrieben keinen Verdruck gebracht hat. Diesem Verdruck waren einige Fabrikanten durch die Einheitszählung von 10 Proz. folge auf dem Wege.

Großenhain. Ein Republikanischer Tag ist am Sonnabend und Sonntag hier abgehalten worden. Berichterstatter war die hiesige Ortsgruppe vom Reichsbanner "Schwarz-Rot-Gold". Am Sonnabend fand ein Festakt statt, dem sich ein Kommerz anschloß. Am Sonntag nachmittags wurde auf dem Marktplatz unter starker Beteiligung ein Festakt abgehalten. Nach einem Gottesdienst überbrachte ein Vertreter des Gothaer Ost-Sachsen-Gutes und dem Dank an die Großenhainer für die geleistete Arbeit, und dankte weiter den Anwohner für die Aufgaben des Reichsbanners vor Augen; jetzt erst recht gelte es, die Republik zu föhren. Als zweiter Redner sprach ein Beamter des Bundesvorstandes in gleichem Sinne und als ehemaliger Kriegsamerad mit dem Auslang: "Wie wieder Krieg!" In seinen Ausführungen gedachte der Sprecher der Toten, insondere des Reichspräsidenten Ebert, woju die Musik "Ich hatt' einen

"Kameraden" piele. Als letzter Redner sprach ein Vertreter des Gothaer Berlin-Brandenburg, die guten Beziehungen zwischen seinem Land und Sachsen betont. Wie Kunden waren ob auf den einen Ton, die Fliege der Kammerabschaffenden Engigkeit bestimmt und klangen auch in einem Hoch auf die freie soziale Republik. Ein Umzug durch die Stadt schloß sich an, 23 Fahnen wurden mitgeführt, zwei Kapellen spielten. Der Zug zählte über 700 Teilnehmer. Ein Festball von abends 6 Uhr an im "Feststaatshaus" beendete das Ganze.

Stitzen. Ein wirtschaftliche Notwendigkeit der öffentlichen Arbeitsnachweise geht überzeugend aus dem Tätigkeitsbericht des Arbeitsnachweises für Stitzen und Umgegend für das erste Halbjahr 1925 hervor. Demnach wurde der Nach-

wuchs in der Zeit vom 1. Januar bis 30. Juni von 1881 männlichen und 1950 weiblichen Arbeitnehmern in Anspruch genommen. In derselben Zeit wurden dem Arbeitsnachweis gemeldet 3499 offene Stellen für die verschiedenen männlichen und 1771 für weibliche Berufe. Durch Verminderung des Arbeitsnachweises wurden belegt 3371 Arbeitsstellen für männliche und 161 für weibliche Stellenvertreter.

Neusalz (Dausch). Die Gemeindevertreteten haben die Wiedereinführung der Strafenabrechnung beschlossen.

Weissen. Der Stadtrat hat die Errichtung einer Wohnbaracke zwischen der Ammendorfsmühle und dem Bauhof am Neumarkt beschlossen.

Freistaat Sachsen. Holzversteigerungsergebnisse.

Versteigerungs- ort	Artikel	Tag	Menge in kg	Gehalt und Zeit	Preis je m ³ in Goldmark					
					8, 12 cm	10/15 cm	16/22 cm	22/29 cm	30/36 cm	37/43
Bautzen	Walz.	21. 8.	1145	Stärke 10kg	22,80	20,67	23,03	28,87	41,20	46,15
Bautzen	Hinterhermsdorf	21. 8.	137	Stärke 10kg	28,28	20,63	23,09	29,95	29,20	—
Bautzen	Waldschmiede		7028	Stärke 10kg	—	27,00	20,60	28,87	32,27	—
Bautzen			10360	Stärke 10kg	22,95	7,70	8,51	40,41	42,44	35,42
Bautzen			702	Stärke 10kg	18,31	21,31	22,51	22,03	22,37	—
Bautzen			511	Stärke 10kg	24,94	20,56	25,95	34,31	45,10	—
Bautzen	Brunnholz	2. 9.	64	Stärke 10kg	—	26,67	23,67	38,07	35,35	—
Bautzen			447	Stärke 10kg	25,47	27,84	33,14	33,18	38,02	42,39
			437	Stärke 10kg	—	27,10	31,21	34,84	—	—

6. Allgemeiner Deutscher Bankiertag.

Berlin, 14. September.

Im festlich geschmückten Theatersaal der Kroll'schen Oper wurde heute der 6. Allgemeine Deutsche Bankiertag eröffnet. Mit über 1000 Gästen und Teilnehmern wurde das Fest und die Menge. Von der Reichsregierung waren erschienen die Reichsminister Dr. Stresemann, Schiele, v. Schlieben, Neuhäusel und Stiglitz, als Vertreter des Reichsarbeitsministers und Staatssekretär Geiß, als Vertreter des Reichsverkehrsministers Schlegelberger, als Vertreter des Reichsvorstandes und Präsident des Reichsbahndirektors Dr. Stoyenhorst. Die Stadt Berlin war durch den Oberbürgermeister Dr. Voß vertreten. Ferner waren erstmals die Bayerische und die Sächsische Staatsbank und die Preußische Staatsbank. Die Spiken der Handelsämtern waren vollständig erschienen. Außerdem nahmen an der Tagung die Vertreter sämtlicher höheren Verwaltungsbürohöfen und des preußischen Landtags teil.

Der preußische Handelsminister Dr. Schreiber hielt eine Begrüßungsansprache, in der er mitteilte, die Staatsregierung habe ihn beauftragt, ihre besten Wünsche für den guten Verlauf der Tagung zu übermitteln. Er betonte weiter, eine gesunde Entwicklung auf dem Gebiete des Kreditwesens hänge wesentlich davon ab, daß der Spartrieb weiter entschärft werde und daß die Belastung dieses Triebes nicht durch übermäßigste Steuerhöhung behindert werde.

Reichsbankpräsident Dr. Schacht, mit lebhaftem Beifall begrüßt, sah in seiner Rede aus, die Preisbildung werde in erster Linie nicht von den Produktionskosten, sondern in erheblichem Umfang von den Verteilungskosten bestimmt. Es werde vielmehr nicht gefragt: Wie billig kann diese Ware an das Publikum gelangen? sondern: Wie teuer muß die Ware sein, um den den einmal doch bestehenden ausgebildeten Apparat am Leben zu erhalten? Der Redner forderte die Teilnehmer des Bankertages auf, mit ehrstem Apparat daran zu arbeiten, diesen ausgebildeten Apparat einzufüllen. Die Kreditpolitik habe daran zu achten, daß die spekulativen Kurzschlusslinien der Ware unterbleiben. Wenn gewisse extreme Elemente die bestehende Teuerung als Währungsnotation bezeichnen, so sei kein Wert der Beurteilung gegen solche auf völliger Verkennung der Tatsachen beruhenden Anglückschau genug. Die gegenwärtigen Verhältnisse erlauben keine Rücksicht der bisherigen Währungs- und Kreditpolitik der Reichsbank. Es habe die beste Überzeugung, daß das deutsche Volkswesen und die Arbeitnehmern gegen 1925 500 t in der vorhergehenden Woche bei ebenfalls 6 Arbeitstagen. Die Kostenzehrung sollte sich in den 7 Tagen der Bankertagswoche (in den Ferienwochen wird auch Sonntags gearbeitet) auf 283 758 t gegen 392 048 t in der vorhergehenden Woche, die Rohstoffherstellung auf 26 085 t gegen 68 440 t bei 6 Arbeitstagen. Die arbeitsähnliche Rohstoffförderung betrug in der Zeit vom 30. August bis 5. September im Ruhrgebiet 316 281 t gegen 327 251 t in der Woche vorher und 379 840 t im Durchschnitt des ganzen Jahres 1919, die idäische Rohstoffproduktion stieg auf 54 823 t (gegen 56 007 t bzw. 68 377 t), die arbeitsähnliche Rohstoffherstellung auf 11 014 t (11 407 t bzw. 16 439 t).

* Der Verband Deutscher Waren- und Kaufhäuser hatte unter dem 11. September 1925 einen großen Ausschuß zusammengetragen, um vor allen Maßnahmen Stellung zu nehmen, die die Reichsregierung zum Zweck der Preisbindung anzuwenden beabsichtigt. Der Ausschuß hat in eingehender Ausprache beschlossen, den Mitgliedern des Verbandes dringend aus Herz zu legen, durch knappe Kalkulation namentlich bei allen Arten des täglichen Gebrauchs an der Preisbindung mitzuwirken. Er erachtet es aber als dringend notwendig, daß die Industrie ihre Kalkulation auf das mindestens einheitlich, damit verhindert wird, daß Waren zu billigen Preisen aus dem Ausland auf den deutschen Markt kommen. Nur bei solcher Kalkulation kann auch der deutsche Export und mit ihm die Arbeitsmöglichkeit gesichert werden.

* Der Rohstoffförderung in der ersten Septemberwoche. Nach vorläufigen Berechnungen wurden in der Zeit vom 30. August bis 5. September im Ruhrgebiet in 6 Arbeitstagen 1297 683 t Kohle gefördergt gegen 1963 508 t in der vorhergehenden Woche bei ebenfalls 6 Arbeitstagen. Die Kostenzehrung sollte sich in den 7 Tagen der Bankertagswoche (in den Ferienwochen wird auch Sonntags gearbeitet) auf 283 758 t gegen 392 048 t in der vorhergehenden Woche, die Rohstoffherstellung auf 26 085 t gegen 68 440 t bei 6 Arbeitstagen. Die arbeitsähnliche Rohstoffförderung betrug in der Zeit vom 30. August bis 5. September im Ruhrgebiet 316 281 t gegen 327 251 t in der Woche vorher und 379 840 t im Durchschnitt des ganzen Jahres 1919, die idäische Rohstoffproduktion stieg auf 54 823 t (gegen 56 007 t bzw. 68 377 t), die arbeitsähnliche Rohstoffherstellung auf 11 014 t (11 407 t bzw. 16 439 t).

* Die Wiener Herbstmesse 1925 wies im allgemeinen einen günstigen Erfolg auf. Der Beifall des Auslandes war auf keiner Messe so stark wie dieser. Der Anfang der Ausstellung war so lebhaft, daß sogar Käufer abgewiesen werden mußten. Die Leder- und Galanteriewarenbranche ob, deren Erzeugnisse fast in die ganze Welt verlaufen, sehr günstig waren weiter die Erfolge der Spielwarenbranche, der Gold- und Silberwarenbranche, der Damensonstion und im Abzug der landwirtschaftlichen Maschinen.

* Weitere Rohstoffförderung in Norwegen. Die Bank von Norwegen hat mit Wirkung vom Montag ab den Sklioni von 5½ auf 5 % herabgesetzt. Die Bank hat bekanntlich seit dem 25. August den Diskontsatz von 6 auf 5½ % heruntergezogen.

* Fritz Schlee, U.-G. in Dresden. Die Generalversammlung genehmigte 12 % Dividende. Der Geschäftsgang wurde als verhältnismäßig befriedigend bezeichnet.

* Schäßiger Teilstoffengesellschaft A.-G., Leipzig-Lindenau. Nach Abschreibungen von 75 024 M. ergibt sich ein Bruttongewinn von 95 672 M.

Hieraus sollen, wie bereit gemeldet, 10 % Dividende auf die Stammaktien verteilt und 21 277 M. vorgetragen werden. Die zur Verfügung stehenden Dividendenaktien sind in Höhe von 2 730 000 M. inzwischen verbraucht worden. Das Unternehmen ist für eine Monate voll beschäftigt.

* Die Steinquarzfabrik Gold & Stein, A.-G. in Goldbeck mit dem Magistrat in Bitterfeld in ausführlichen Verhandlungen über den Erwerb von 200 Morgen grünlich an der Elbe gelegenen Geländes, um dort eine neue Fabrik für Steinzeug, Ton- und Chamottewaren zu errichten.

* Wettertelegramme vom 15. September 1925, 7 Uhr morgens.

Kreisberg: Höhe 110 m. Min.: 7. Mar.: 15. Gedrechslag: 1. Temperatur: 8. Wind: SW. Wetterzustand: Wollig und Nebel.

Wohnsdorf: Höhe 246 m. Min.: 7. Mar.: 15. Gedrechslag: 4. Temperatur: 8. Wind: WNW. Wetterzustand: Wollig.

Göhlsdorf: Höhe 1213 m. Min.: 2. Mar.: 5. Gedrechslag: 4. Temperatur: 4. Wind: OSO. Wetterzustand: Wollig.

Börsen